

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Nifringhaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin OS 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Telefon: Copalium

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen  
vor dem Erscheinen, wenn nicht anderes vereinbart ist. Drillingstakt für beide Zeilen in Berlin.

Berlin, den 16. Juni 1930

## Die Deckungspläne.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Was die Regierung will und was die Regierungsparteien ablehnen.

SPD. Der langen entschuldigenden Erklärung des Reichskabinetts über die Deckungsvorlagen ist jetzt die Drucklegung der Gesetzentwürfe gefolgt, die zunächst den Reichsrat und dann den Reichstag beschäftigen werden. Die Vorlagen betreffen die Reichshilfe der Festbesoldeten, das Ledigen-Notopfer und die Änderung des Tabaksteuergesetzes.

Der Fehlbetrag im Reichshaushalt setzt sich zusammen aus 443 Mill. RMk. für die Arbeitslosenversicherung, 150 Mill. RMk. für die Krisenfürsorge, 12 Mill. RMk. für Übernahme der Kosten der Reichsanstalt für die Krisenfürsorge und 150 Mill. RMk. aus den Mindereinnahmen an Zöllen und Steuern. Die Deckung soll erfolgen:

- |   |           |
|---|-----------|
| 1. durch Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung                     | 194 Mill. |
| 2. Ersparung durch Reformen in der Arbeitslosenversicherung                   | 115 "     |
| 3. durch Etat-Ersparnisse (35 Mill. aus Etat 1929 und 25 Mill. aus Etat 1930) | 60 "      |
| 4. durch Reichshilfe für Festbesoldete  | 300 "     |
| 5. durch Ledigen-Notopfer   | 40 "      |
| 6. durch Verkürzung der Fristen bei der Tabaksteuer                           | 46 "      |

Ausserdem sollen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und damit zur Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten 100 Mill. Reichsbahnvorzugsaktien, in gleicher Höhe ein Zwischenkredit gemäss dem Baukreditgesetz vom 26.3.29 und schliesslich 50 - 60 Mill. RM. aus dem Vermögen der Landesversicherungsanstalten zur Verfügung gestellt werden. Es muss also rund 1 Milliarde RMk. Kapital beschafft werden, um die dringendsten Ausgaben zu decken.

Eine Erhöhung der Besitz- und Verkehrssteuern hält die Regierung für nicht möglich, sie will ja "die Wirtschaft entlasten", sieht aber in ihrer Hilflosigkeit nicht, dass sie den wichtigsten Teil der Wirtschaft, die menschliche Arbeitskraft, stark belastet. In dem einen Falle, der den Arbeitgeber mit der Hälfte der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung belastet, entschuldigt sich Herr Moldenhauer und sagt, dass dieser Teil der Belastung durch eine Reform der Krankenkassen ausgeglichen werden wird. Im Ubrigen versichert die Regierung tatkräftig dafür eintreten zu wollen, dass die durch die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen in Gang gesetzten Bestrebungen zur Herabsetzung der Produktionskosten und Preise zu einem gedeihlichen Ende geführt werden. In Stegerwaldsches Deutsch übersetzt: die Regierung wird weitere Lohnabbaumassnahmen fördern.

Der Inhalt der neuen Deckungsvorlagen sei im folgenden kurz wiedergegeben: Nach dem Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Festbesoldeten haben vom 1. Juli 1930 an bis auf weiteres einen Beitrag zu zahlen, Personen, die nach §§ 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtig sind und deren Einkünfte sich aus nichtselbständiger Arbeit ergeben. Darunter fallen

len Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge, geldwerte Vorteile und Entschädigungen der in öffentlichem oder privatem Dienst angestellte oder beschäftigte Personen. (§ 36 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes). Das Gesetz will aber nicht alle vom Einkommensteuergesetz erfassten Personen treffen, sondern nur die Festbesoldeten. Dazu gehören

1. die Beamten und Angestellten des Reichs, der Länder, der Gemeinden (Gemeindeverbände), der Reichsbank, der sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und die Soldaten der Wehrmacht,
2. die Beamten und Angestellten bei Unternehmungen oder Einrichtungen mit überwiegender Kapitalbeteiligung der unter 1 beteiligten Körperschaften,
3. die Empfänger von Wartegeld, Ruhegeld, Witwen- und Waisengeld und anderen Bezügen oder geldwerten Vorteilen für frühere Dienstleistungen, die vom Reiche, von den Ländern und den übrigen unter 1 und 2 bezeichneten Körperschaften und Unternehmungen oder Einrichtungen gewährt werden,
4. Sonstige Personen, also in der Privatwirtschaft Beschäftigte, wenn deren Einnahmen den Betrag von 8400 Reichsmark jährlich übersteigen und soweit sie nicht der Arbeitslosenversicherung unterliegen,
5. Mitglieder des Aufsichtsrats von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften und sonstigen Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechts, bei denen der Beitragspflichtige nicht als Unternehmer anzusehen ist.

Von dem Beitrag sollen befreit sein Arbeitnehmer, bei denen ein Steuerabzug vom Arbeitslohn nicht vorzunehmen ist und Angestellte in obengenannten Stellungen, sofern sie nicht seit dem 1. Juli 1929 oder einem späteren Zeitpunkt fortlaufend ein Jahr hindurch in Beschäftigung gestanden haben. Der Beitrag beträgt 4 vom Hundert; bei Angestellten im öffentlichen oder diesem gleichgestellten Dienst, sofern sie der Arbeitslosenversicherung unterstellt sind, 2 vom Hundert. Einmalige Einnahmen (Tantiemen, Gratifikationen usw.) unterliegen dem Beitrag mit dem Betrage, mit dem sie in dem der Beitragszahlung unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahr oder in dem in diesem Kalenderjahr endenden Steuerabschnitte der Einkommensteuer unterlegen haben. Dieser Beitrag ist fällig je zur Hälfte am 10. Oktober und 10. Januar. Die Auswirkung der Beiträge wird an folgenden Beispielen erläutert:

1. Ein verheirateter Beamter mit 3 minderjährigen Kindern und einem Monatsgehalt von 500 RM. zahlt als Reichshilfe monatlich 4 v. Hundert von 500 RM. = 20 RM.
2. Ein lediger Angestellter im öffentlichen Dienst erhält ein Monatsgehalt von 300 RM. Als Reichshilfe zahlt er monatlich 2 v. Hundert von 300 RM = 6 RMk.
3. Ein verheirateter Privatangestellter mit 2 minderjährigen Kindern mit einem laufenden Monatsgehalt von 3000 RM und Tantieme für 1929 in Höhe von 20 000 RM zahlt an Reichshilfe monatlich 4 v. Hundert von 3000 RM = 120 RM. Von der Tantieme berechnet sich die Reichshilfe für 1930 wie folgt: 4 v. H. von  $(\frac{3}{4} \text{ von } 20\,000 \text{ RMk.}) = 15\,000 \text{ RMk.} = 600 \text{ RMk.}$ , zahlbar am 10. Oktober 1930 und 10. Januar 1931 je zur Hälfte.

Die Beiträge werden vom Lohn einbehalten und müssen vom Arbeitgeber an das Finanzamt abgeführt werden. Sie können zurückerstattet werden, wenn der Beitragspflichtige im Laufe des Rechnungsjahres aus einem Beschäftigungsverhältnis ohne Versorgung ausgeschieden ist und nicht innerhalb dreier Monate ein Beschäftigungsverhältnis wieder erlangt hat, oder wenn sich seine Bezüge so gemindert haben, dass der Gesamtbetrag der Bezüge im Rechnungsjahr hinter der Steuerpflichtgrenze zurückbleibt. Die Reichshilfe fließt ausschliesslich dem Reiche zu. Die Reichsregierung will sich ermächtigen lassen, dieses Gesetz mit Wirkung vom 1. April 1931 ab zu mildern oder ausser Kraft zu setzen.

Der Entwurf eines Gesetzes über ein ledigen-Notopfer verlangt von den ledigen unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Personen für die Zeit vom 1. Juli 1930 bis 31. März 1931 ein Notopfer in Höhe von 10 von Hundert der Einkommensteuer. Als ledig im Sinne des Gesetzes gelten nur die Personen, die nicht verheiratet sind oder waren. Unverheiratete Frauen, denen Kinderermässigungen nach dem Einkommensteuergesetz zustehen, sind von Notopfer befreit. Das Notopfer soll, wie die Lohnsteuer, durch Einbehaltung vom Arbeitslohn, vom Arbeitgeber an das Finanzamt abgeführt werden. Für die veranlagte Einkommensteuer ist das Notopfer in zwei gleichen Beträgen am 10. Oktober und 10. Januar zu entrichten. Bei Steuerpflichtigen, die hauptsächlich Einkünfte aus der Landwirtschaft beziehen ist das Notopfer in zwei gleichen Beträgen am 15. November und 15. Februar zu entrichten. Auch das Notopfer fliesst ausschliesslich dem Reiche zu.

Die Änderung des Tabaksteuergesetzes sieht eine Verkürzung der Zahlungs-termine vor, indem die Zahlungsfristen für Entrichtung von Steuerzeichenwerten für Zigarren, Rauchtabak und Zigaretten mehr zusammengezogen werden.

SPD. Paris, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

In immer schärferer Form sehen sich die französische Regierung und die französische Öffentlichkeit vor das Dilemma "Hebung der nationalen Wirtschaft oder Verstärkung der Heeresrüstungen" gestellt.

Das erstemal kamen diese beiden widersprechenden Tendenzen, die eigentlich den besten Prüfstein für die in der französischen Innenpolitik reichlich verschwommenen Begriffe "Rechts" und "Links" darstellen, in voller Schärfe zum Ausdruck, als der Berichterstatter der Finanzkommission feststellte, dass fast die Hälfte der Reserven des französischen Schatzamtes, die zur Stützung der Wirtschaft vorgesehen waren, für andere, sorgsam geheim gehaltene Ziele verausgabt worden sind. Am Dienstag ist dieser Kampf, dessen Parolen "Die nationale Verteidigung" - "Die Arbeit und Produktion" lauteten, und der in engerem Rahmen die grossen Schicksalsfragen spiegelt, in die Regierung selbst verlegt worden. Seit Tagen schon wurden vereinzelte Stimmen der Rechten und auch aus dem Lager der sogenannten Linken laut, dass das bis zum Überdruß erörterte und als Reklame für das Kabinett Tardieu ausgebeutete Milliardenprojekt der Regierung solange nicht ausgeführt werden solle, als "den Forderungen der nationalen Sicherheit nicht voll genügt worden" sei. Insbesondere der Abg. Mandel und der frühere Ackerbauminister und Kognakfabrikant Hennessy vertraten diesen Standpunkt mit grosser Schärfe, wobei allerdings die Frage offen bleibt, wann eigentlich nach Ansicht dieser Herren den Forderungen nach der "nationalen Sicherheit Genüge getan sein werde", nachdem Frankreich heute bereits ein Viertel seines Gesamtbudgets - von den, in die Milliarden gehenden okkulten Zuwendungen ganz zu schweigen - für Kriegsrüstungen ausgibt.

Für den aktuellen Charakter dieses ganzen Zwiespalts ist es bezeichnend, dass Tardieu am Dienstag vormittag ganz unerwartet den Aussenminister, den Finanz- und Budgetminister, sowie den Minister für nationale Verteidigung zu sich berief, um die Lage zu beraten. Vielleicht wird man in der Tat in Kürze einen definitiven Anhaltspunkt darüber hören, welchen Weg Frankreich in den nächsten Jahren zu gehen gewillt ist: den, der die produktiven Kräfte der Nation erschöpfenden Politik der Rüstungen, die sich hinter der Phrase der "nationalen Sicherheit" verbirgt - oder den der aktiven Hebung und Förderung der Wirtschaft, der Schaffung neuer und dauerhafter Werte. Solange allerdings das Regime der Tardieu, Reynaud und Maginot jeden Fortschritt mit seiner amerikanisch maskierten reaktionären Demagogie lähmt, ist auf eine Entscheidung im Sinne des wirtschaftspolitischen und sozialen Fortschritts wohl kaum zu hoffen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Die Preussische Staatsregierung befasste sich am Dienstag mit der Vorlage der Reichsregierung zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt und im Haushalt der Reichsanstalt für Erwerbslosenfürsorge. Die Preussische Staatsregierung beschloss, der Sondersteuer für Festbesoldete nicht zuzustimmen, vielmehr der Reichsregierung vorzuschlagen, die Beamten und diejenigen Angestellten, die ein gesichertes Einkommen von mehr als 8 400 Mark beziehen, zu den Ausgaben der Reichsanstalt für Erwerbslosenfürsorge heranzuziehen. Sie würden alsdann den Beitrag, das sind  $2\frac{1}{2}\%$ , zu zahlen haben, den nach der Erhöhung der Beiträge die Arbeitnehmer zahlen müssen.

Die Staatsregierung liess sich bei ihrer Beschlussfassung von dem Gedanken leiten, dass es bei der ausserordentlichen Notlage und Erwerbslosigkeit weiter Gruppen des Volkes nicht unbillig sei, auch den in gesicherter Lage befindlichen Beamten und Angestellten ein Opfer für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuzumuten. Die Vorschläge der Preussischen Staatsregierung ergeben gegenüber den Vorschlägen der Reichsregierung eine Mindereinnahme von 123 Millionen. Die Staatsregierung beschloss, der Reichsregierung einen Ausbau des Ledigennotopfers vorzuschlagen, durch den eine Mehreinnahme von 50 Millionen erzielt werden könnte. Der dann noch verbleibende Unterschied müsste durch Einsparungen oder schärfere Besteuerung des Tabaks gewonnen werden.

Die Verkürzung der Besoldungen nimmt den Ländern und Gemeinden die letzte Reserve für einen etwa notwendigen Ausgleich von Fehlbeträgen. Besonders bedenklich ist das für die Gemeinden, die durch die steigenden Lasten der Wohlfahrtsfürsorge immer stärker bedroht werden. Die preussische Staatsregierung beschloss daher weiter, der Reichsregierung die Einführung einer allgemeinen Getränkesteuer in der Form einer Schankverzehrssteuer vorzuschlagen.

+ + +

Die Preussische Staatsregierung bezweckt mit ihrem Beschluss den als Notopfer gedachten Abgaben den Charakter einer reinen Beitragsverpflichtung für die Reichsarbeitslosenversicherung zu geben. Sie ist der Auffassung, dass in einer Zeit, in der drei Millionen Volksgenossen arbeitslos sind, diejenigen, die vor der Not der Arbeitslosigkeit geschützt sind, die Pflicht und Schuldigkeit haben, diesen Volksgenossen zu helfen. Deshalb soll gemäss ihrem Vorschlag eine Beitragspflicht festgesetzt werden, die ausschliesslich der Reichsarbeitslosenversicherung zugute kommen und in dem Augenblick aufhören soll, in dem die eigentliche Wirtschaftskrise erlischt und die gemeinsamen Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht mehr als 3 % betragen. Auf diese Weise will man den Beamten und Angestellten wenigstens die Gewissheit verschaffen, dass die Sondersteuer ausschliesslich den Arbeitslosen, also den Ärmsten unter den Armen, zugutekommt. Was die eventuell geplante neue Getränkesteuer im Schankverfahren anbetrifft, so soll selbstverständlich die Milch steuerfrei bleiben.

-----

SPD. Jerusalem, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Bei drei arabischen Doppelmörder, die von der Amnestie der palästinensischen Regierung ausgeschlossen waren, sind am Dienstag Morgen in der alten Zitadelle von Akkos hingerichtet worden. Die Stadt war während der Hinrichtung durch ein starkes Aufgebot englischer Truppen völlig von der Aussenwelt abgesperrt worden. Der 21jährige Regierungsbeamte Fuad Hejaze, der seinen Lehrer in Safed ermordet hat, wurde zuerst abgeurteilt. Es folgte die Hinrichtung eines Hausbesitzers und eines Lastträgers aus Hebron.

Die Nachricht von der Hinrichtung wurde von der Bevölkerung in ganz Palästina mit ausserster Spannung erwartet und in den grossen Städten wenige Minuten nach der Exekution durch Glockengeläut bekanntgegeben. Später erschienen schwarz umrandete Extrablätter der arabischen Zeitungen mit einer Schilderung über die Vollstreckung des Urteils. Sofort wurden in den Kirchen und Moscheen

grosse Trauerfeierlichkeiten für die hingerichteten Araber abgehalten. Sie wurden als Opfer der "nationalen Sache" erklärt. Irgendwelche Störungen der Ordnung waren bis Dienstag-Abend nicht zu verzeichnen. Überall hatte die Regierung starke Militär- und Gendarmerie-Aufgebote zusammengezogen, um Gewaltmassnahmen von arabischer Seite schon im Keime zu ersticken.

Die Hinrichtung wird hier allgemein als psychologischer Missgriff der palästinensischen Regierung betrachtet. Die Gegensätze zwischen Arabern und Juden dürften von neuem aufflackern, und statt der inzwischen zu verzeichnenden Annäherung dürften bis auf weiteres neue Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksteilen zu verzeichnen sein.

SPD. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Darstellung über die Ergebnisse der Buch- und Betriebsprüfung im Jahre 1929 zugehen lassen. Sie zeige die steigende Bedeutung dieses Zweigs der Reichsfinanzverwaltung und die immer stärkere Wirksamkeit seiner Tätigkeit. Es sind geprüft worden 57 620 Fälle. Dabei wurde ein Mehr an Steuern festgestellt bei den Reichssteuern von 149,6 Millionen, den Landeskirchensteuern von 23,8 Millionen und an Geldstrafen von 3,1 Millionen. Insgesamt ist also durch den Buch- und Betriebsprüfungsdienst ein Mehr von 176 Millionen erzielt worden. Das Mehr an Reichssteuern entfällt in Höhe von 62,1 Millionen auf die Einkommensteuer, von 48,4 Millionen auf die Körperschaftssteuer, von 14,4 Millionen auf die Umsatzsteuer, von 8,1 Millionen auf die Vermögenssteuer. 16,3 Millionen entfallen auf sonstige Reichssteuern.

Das Ergebnis des Jahres 1929 schliesst sich folgerichtig an die Ergebnisse der vorhergehenden sechs Jahre an. Die Ergebniszahlen der letzten sechs Jahre zeigen eine dauernd steigende Tendenz. Die Mehrerträge an Steuern sind in den einzelnen Jahren von 1924 bis 1929 wie folgt gestiegen: 1924/25 um 11,4 %, 1925/26 11,3 %, 1926/27 11,6 %, 1927/28 16,1 % und 1928/29 um 22 %.

SPD. Tübingen, 17. Juni (Eig.Drahtb.)

Eine Versammlung der Deutschen Volkspartei in der Universitätsstadt Tübingen gestaltete sich zu einem scharfen Protest gegen das von der Reichsregierung geplante Deckungsprogramm. Redner war der Staatsrechtslehrer Prof. Köhler, der letzte württembergische Minister des Innern vor der Staatsumwälzung. Er führte u.a. aus :

"Die Absichten der Reichsregierung hätten ernste Sorge über den Mangel an Rechtssinn und sozialem Empfinden, sowie an Kenntnis der wirtschaftlichen Gesetze, an Ideengehalt und reformerischen Kräften, an Führermut und Unabhängigkeit hervorgerufen. Es sei eine steuerliche Ungerechtigkeit schlimmster Art, einzelne Stände mit einer Sondersteuer zu belegen. Weil man fürchte, es nicht verhindern zu können, dass die Grosskapitalisten und Grosseinkommensbezieher eine Handlung begehen, die jeder, der sein Vaterland liebt, als nicht anständig, in gewisser Beziehung geradezu als Verbrechen ansieht, deshalb besteuere man nur Beamte und Angestellte. Diese Motivierung werde geradezu wie eine Prämie auf die Kapitalflucht wirken. Einer der wesentlichsten Gründe für die Kapitalflucht sei mangelndes Vertrauen in die Art der Regierung in Berlin. Durch die geplante Sonderbesteuerung werde wieder eine Schicht des Mittelstandes proletarisiert und radikalisiert werden. Was heute den Beamten und Angestellten blühe, könne morgen für das Kleingewerbe und den Kaufmannsstand Wirklichkeit werden. Wenn der von der Deutschen Volkspartei gestellte Reichsfinanzminister den schwierigen Aufgaben seines Amtes nicht gewachsen sei, so müsse die Partei den Mut haben, ihn zurückzuziehen und durch einen anderen Mann zu ersetzen. Wenn sich ein solcher Mann in der eigenen Partei nicht finde,



so habe ja die demokratische Partei anerkannte Finanzgrössen, die das Amt übernehmen könnten.

Die Ausführungen des Redners fanden die allgemeine Zustimmung der Versammlung, die einstimmig beschloss, den Antrag auf sofortige Einberufung des Landes ausschusses der Partei zu stellen.

-----

SPD. Neben zahlreichen rein technischen Berichten und Vorträgen brachte der zweite Tag der Berliner Weltkraftkonferenz auch eine Reihe sehr interessanter wirtschaftlicher und sozialer Feststellungen.

In den Verhandlungen, die den "Weltproblemen der Energiewirtschaft" gewidmet waren, wurde von russischer Seite in einem Spezialbericht des Dipl.-Ing. B. Weiz die Frage aufgeworfen, in welchem Umfang die gegenwärtige Gesellschaft durch die moderne Kraftwirtschaft beeinflusst wird. Weiz vertritt die Meinung, dass eine "vollkommene Lösung des Energieproblems der Weltwirtschaft nur durch die Überwindung des anarchischen privatwirtschaftlichen Produktionssystems ermöglicht wird." Der deutsche Generalberichterstatter Dipl. Ing. F. zur Nedden verwies demgegenüber auf die grossen Vorteile, die die neuzeitliche Energieversorgung der Menschheit gebracht hat. Die Energieerzeugung sei zwar auf immer weniger Betriebe konzentriert, aber die Energieverteilung wird so dezentralisiert, dass der Einzelne grössere Freiheiten in der Wahl des Wohnsitzes oder des Betriebs hat. Diese dezentralisierte Energieverteilung erlaube es nach seiner Meinung, Gartenstädte anstelle von Mietskasernen zu setzen, den Grosstädter der Natur wieder näher zu bringen, durch Energiebelieferung der Landwirtschaft die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft zu mildern. Aber zur Nedden musste doch zugeben, dass der Bedarf an geschulten Erwerbstätigen zwar steigt, dass aber insgesamt infolge der modernen Kraftwirtschaft die Nachfrage nach menschlicher Muskelkraft immer mehr sinkt.

Im übrigen stellte zur Nedden drei Hauptaufgaben der Energieversorgung fest: 1. Energie möglichst billig und sicher zu erzeugen, 2. sie jedem im Staat in möglichst reichem Masse dienstbar zu machen, 3. den völkerverbindenden Energietransport möglichst wenig zu hemmen. Um diese drei Kernprobleme zu lösen, sollen Kaufleute, Lehrer, Volkswirte, Finanzleute und Staatsmänner gemeinsam mit den Ingenieuren zusammenwirken. Die grossen Massenorganisationen der Verbraucher, insbesondere die Gewerkschaften, werden als Teilnehmer an der Lösung solcher Aufgaben nicht genannt, obwohl ein anderer Bericht aus dem gleichen Verhandlungsgebiet mit grosser Deutlichkeit auf sie hinwies.

J. Fornoni berichtete über den Schutz von Energieversorgungsanlagen im Falle von Streikgefahr. Er verwies darauf, welche katastrophalen Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben und im Leben jedes Einzelnen dadurch entstehen können, dass die zentralen Versorgungsanlagen, insbesondere die Gaswerke, die Elektrizitätswerke, die Transformatorenstationen usw. durch Streik oder Unruhen stillgelegt werden. In Deutschland seien Gefahren der Allgemeinheit durch solche Störungen dadurch unmöglich gemacht, dass die Gewerkschaften den Streik in solchen Anlagen von sich aus erschwerten und die Gesetzgebung hier ausserdem Schlichtungszwang eine beschleunigte Schlichtung vorsehe. Ausserdem seien mehrfach zwischen den Gewerkschaften und den Energieversorgungsbetrieben für den Streikfall bestimmte Notarbeitsverträge geschlossen worden.

Wenn in Fällen dieser Art soziale Erschütterungen mit Hilfe der Arbeiterorganisationen so weit geregelt werden, dass Katastrophen der Allgemeinheit vermieden würden, so liegt doch der Gedanke nahe, dass auch in anderer Hinsicht ohne die Mitarbeit der grossen Massenorganisationen auch die grössten Fachleute der Welt soziale und wirtschaftliche Weltprobleme nicht lösen können.

Einen sehr interessanten Beitrag, der wiederum aus dem technischen und wirtschaftlichen ins politische Gebiet führt, stellte der Hauptvortrag dar,

den der frühere französische Handelsminister Prof. Serruys über das Thema "Neue Formen der Rationalisierung" hielt. Er verwies auf den deutsch-französi-  
schen Stahlpakt, an dessen Zustandekommen er übrigens beteiligt war, der eine  
grosszügige internationale Produktionsorganisation eingeführt habe. Eine noch  
grössere Aufgabe werde die einheitliche Erschliessung der europäischen Wasser-  
kräfte sein; Serruys schloss mit einem Aufruf an die Völker, sich zur Lösung  
solcher Aufgaben zusammenzuschliessen.

Wenn, wie Ausführungen dieser Art zeigen, die Verhandlungen der Weltkraft-  
konferenz dazu führen, dass geistig die Ingenieure die Wirtschaftsführer und  
auch die Politiker aller Länder die Notwendigkeit internationaler Zusammenar-  
beit auf allen Wirtschaftsgebieten erkennen und propagieren, so muss dies als  
ein beachtenswerter Fortschritt gebucht werden.

Von den Vorträgen, die am Dienstag vormittag zu dem Thema "Elektrizität  
in Industrie und Gewerbe" gehalten wurden, sind insbesondere die Ausführungen  
über die günstigen Wirkungen guter Beleuchtung in industriellen Betrieben, ins-  
besondere in den Betrieben unter Tage hervorzuheben. Hierüber wurde ausführlich  
von Prof. S.O. Maisel (Russland) und L. Schneider (Deutschland) berichtet. Fer-  
ner brachte Philippi (Deutschland) interessante Belege dafür, wie in Bergwerks-  
betrieben durch verbesserte Beleuchtung die Leistung der Arbeiter gehoben,  
Unfälle vermieden und insbesondere Augenkrankheiten (Augenzittern) beseitigt  
werden.

-----

SPD. In Ludendorffs "Volkswarte" vom 15. Juni lesen wir :

"Herr Strasser, M.d.R., ist bereits von Herrn Hitler als Minister in Sach-  
sen in Aussicht genommen. Er soll dort dasselbe leisten, wie Herr Frick in  
Thüringen, das heisst nichts für die Befreiung des Volkes. Das kann auch  
nicht anders sein, denn die NSDAP will ja die Deutschen nicht nur in eine  
gleiche, sondern in eine viel ärgere sozialistische Zwangsjacke stecken.  
Das Aufbauschen der Tätigkeit des Herrn Frick in Thüringen soll die Deutschen  
über die Nichtigkeit seiner Befreiungsarbeit hinwegtäuschen und einfangen."

Strasser als Minister in spe - das kann nett werden! Aber noch ist es ja  
noch nicht so weit.

-----

SPD. London, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Sonderberichterstatter des "Daily Herald" in Indien berichtet von  
Verhandlungen, die mit Erlaubnis der indischen Regierung zwischen dem angese-  
henen liberalen indischen Führer Pattani und Gandhi stattgefunden haben. Der  
Berichterstatter glaubt feststellen zu können, dass die indische Regierung den  
Ausgang der Besprechungen zwischen Gandhi und Pattani erwartungsvoll verfolgt.  
Die Regierung sei optimistischer Anschauung und begründe das mit dem schwächer  
werdenden Widerstand der Freiwilligen. Der Sonderberichterstatter des "Daily  
Herald" ist jedoch der Ansicht, dass die Erbitterung in Indien zusehends wachse.  
Auch Pattani habe dem Vizekönig den Ernst der Lage auseinandergesetzt und eben-  
so der Maharadscha von Bikanir, der Indien auf der kommenden Konferenz des Völ-  
kerbundes in Genf vertreten werde.

-----

SPD. Schweidnitz, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Schweidnitzer Prozess wurden am Dienstag hauptsächlich Nationalsozia-  
listen vernommen. Interessant gestaltete sich die Vernehmung des Nationalsozia-  
listen Stelzer aus Freiburg, der damals Führer der SA in Freiburg war. In sei-  
nem Besitz fand die Kriminalpolizei zwei Zettel mit Namen von Nationalsoziali-

sten. Auf einem der Zettel stand bei einigen Namen "in Schweidnitz gewesen", hinter drei Namen stand "entschuldigt". Es ist kennzeichnend für die Wertung der Zeugenaussagen von Nationalsozialisten, dass Stelzer behauptet, nicht zu wissen, wer den Zettel geschrieben habe und warum er geschrieben worden sei. Er will auch nicht wissen, ob ihm der Zettel vor oder nach der Reichsbannerversammlung gegeben worden ist. Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, dass gegen ihn bereits ein Meineidsverfahren wegen seiner Aussagen in 1. Instanz schwebt und bemerkt zugleich, er habe im Laufe der bisherigen Verhandlungen sehr oft den Eindruck gewonnen, dass es sich einige Zeugen (Nationalsozialisten) mit ihrer Zeugenaussage sehr leicht machten, indem sie immer wieder bemerken: "Ich weiss von nichts."

Der Ortsgruppenführer von Freiburg gibt im weiteren Verlauf der Verhandlung zu, den gefundenen Zettel geschrieben und ihn Stelzer ausgehändigt zu haben. Der Zeuge behauptet, es handle sich um eine Anwesenheitsliste von einer SA-Versammlung. Die Vernehmung der übrigen Zeugen ergibt nichts wesentlich neues. Insbesondere ist nicht herauszubekommen, ob irgend ein Befehl oder eine Anordnung, nach Schweidnitz zu fahren, gegeben worden ist, obwohl man aus der Art der Aussagen durchaus darauf schliessen kann, dass eine Vereinbarung vorgelegen hat.

-----

SPD. Die ablehnende Haltung der Regierungsparteien zu den Deckungsvorlagen der Regierung hat sich bisher in keiner Weise geändert. Neben der Deutschen Volkspartei und den Demokraten ist jetzt auch die Wirtschaftspartei mit ihrer ablehnenden Haltung hervorgetreten. Der Beschluss der Deutschen Volkspartei vom Montag lässt bereits erkennen, dass ihr Ziel der Abbau der Löhne, Gehälter und sozialen Leistungen ist. Das gleiche Ziel geht aus einem Brief, den die Wirtschaftspartei am Dienstag an den Reichskanzler gerichtet hat, noch deutlicher hervor. Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung werden zur Voraussetzung für die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gemacht. Steuererhöhungen sollen durch schematische Abstriche an den Gesamtausgaben des Reiches überflüssig gemacht werden. Die grösste Regierungspartei, das Zentrum, schweigt indessen immer noch. Seine Stellungnahme soll erst am Donnerstag erfolgen.

Dass der Beschluss des Reichskabinetts statt einer allgemeinen Heranziehung aller Leistungsfähigen nur die Festbesoldeten der öffentlichen und der privaten Wirtschaft neu zu belasten, auch im bürgerlichen Lager viel Widerstand findet, zeigen zahlreiche Äusserungen bürgerlicher Blätter. Am bemerkenswertesten scheint uns eine Äusserung der "Kölnischen Volkszeitung" gelegentlich der Wiedergabe von Zuschriften aus dem Leserkreise. In ihr heisst es:

"Im allgemeinen ist festzustellen, dass der ursprüngliche Gedanke eines Notopfers aller Leistungsfähigen, nicht nur einzelner Gruppen, und zwar unter Berücksichtigung der Familienverhältnisse, trotz der wirtschaftspolitischen Einwendungen, die von der Regierung dagegen geltend gemacht werden, von fast sämtlichen Einsendern als die einzig vertretbare Gestaltung des Notopfergedankens festgehalten wird. Auch ein Industrieller empfiehlt einen allgemeinen Zuschlag auf die Einkommensteuer, wenn er ausdrücklich als einmalig festgelegt wird, und bezeichnet in der Begründung die Befürchtungen wegen der "Kapitalflucht" als übertrieben und wirtschaftlich nicht als ganz richtig gesehen."

Das ist auch die Auffassung der Sozialdemokratie, die bereits vor Monaten einen entsprechenden Vorschlag gemacht hatte, der von den bürgerlichen Parteien abgelehnt wurde. Die neuere Entwicklung hat seine Richtigkeit bestätigt. Die Absicht der Reichsregierung, nur die Festbesoldeten heranzuziehen, weil sie sich nicht wehren können, ist allgemein als so ungerecht empfunden worden, dass der Gedanke des allgemeinen Notopfers neue Sympathien gewonnen hat.



Damit steht allerdings der Vorschlag der preussischen Regierung teilweise im Widerspruch. Seine Absicht, die Festbesoldeten mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung heranzuziehen, die für die Dauer der Wirtschaftskrise gelten sollen, ist ebenfalls einseitig. Allerdings will die preussische Regierung gleichzeitig durch eine Ausgestaltung der Ledigensteuer auch aus der allgemeinen Einkommensteuer einen Teil des Fehlbetrages decken. Solange die Absichten der preussischen Regierung nur in diesen groben Umrissen bekannt sind, wird man Zweifel daran haben müssen, ob der Gedanke steuerlicher Gerechtigkeit ausreichend durch ihn gewahrt wird. Eine Sonderbelastung derjenigen Volksschichten die sich in gesicherter Lebensstellung befinden, kann doch immer nur dann als vertretbar angesehen werden, wenn zuvor und daneben alle Leistungsfähigen ausreichend herangezogen worden sind. Ob aber, wenn dies geschieht, dann der Weg der Heranziehung der Festbesoldeten mit Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung der richtige ist, oder ob es nicht besser ist, diese Belastung als Abgabe für die Reichskasse zu erheben, ist doch ausserordentlich zweifelhaft. Auf jeden Fall muss die Heranziehung aller Leistungsfähigen zur Überwindung der Wirtschaftsnot die erste Stelle in jedem Sanierungsprogramm einnehmen.

Erst im Laufe der nächsten Woche wird eine Klärung der Lage möglich sein. Das Reichskabinett will sich erst nach der Stellungnahme des Reichsrats, die frühestens Sonnabend zu erwarten ist, und nach dem Ausgang der Landtagswahlen in Sachsen mit den Abänderungsvorschlägen beschäftigen, die zu seinem Deckungsprogramm gemacht worden sind. Die Regierung hofft dabei immer noch auf eine Mehrheit und lässt sich bei dieser Hoffnung davon leiten, dass in allen bürgerlichen Parteien der Wunsch besteht, die bei einem Scheitern der Deckungsvorlage unvermeidbare Auflösung des Reichstags zu verhindern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich bereits am Montag und Dienstag eingehend mit diesen Fragen beschäftigt hat, wird wahrscheinlich am Mittwoch ihre Beratungen abschliessen und der Öffentlichkeit ihr Ergebnis unterbreiten.

-----

SPD. Kairo, 17. Juni (Eig.Drahtb.)

Provoziert durch König Fuad ist die ägyptische Regierung zurückgetreten. Ägypten ist dadurch wiederum in eine schwere politische Krise gestürzt. Erst im vergangenen Oktober endete eine zweijährige Diktaturperiode. Die darauf folgenden Parlamentswahlen brachten der Wafd-Partei eine überwältigende Mehrheit und bekundeten den Willen des ägyptischen Volkes zur Demokratie. In diesem Sinne begann das neue Parlament seine Arbeit. Es benützte das ihm von den Wählern übertragene Mandat zur Schaffung von Sicherungen gegen Diktatur- und Staatstreuegelüste. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag der Regierung Nahas Pascha der bestimmt, dass in Zukunft jeder Versuch, die Rechte des Parlaments zu beschneiden oder die demokratischen Einrichtungen aufzuheben, strengstens bestraft wird, wurde einstimmig von Parlament angenommen. Fuad hat sich jedoch geweigert, das Gesetz zu unterzeichnen und anzuerkennen. Die Regierung sah in dieser Situation keinen anderen Ausweg, als zurückzutreten. Damit ist der offene Kampf zwischen dem König und dem Parlament ausgebrochen. Entweder muss Fuad nachgeben, oder er muss eine neue Diktatur errichten, für die er aber weder im gegenwärtigen Parlament noch bei den Wählern irgendwelchen Anklang finden dürfte.

-----

SPD. Bochum, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Die am Rahmentarif der Angestellten für die Gruppe Northwest beteiligten Angestelltenverbände, vor allem der Afa-Bund, lehnen die beabsichtigte Kürzung der Gehälter der Angestellten ab. Der Afa-Bund weist darauf hin, dass trotz der inzwischen erfolgten Änderungen die tariflichen Verhältnisse der Angestellten in der Gruppe Northwest noch immer zu den schlechtesten im ganzen Reichsgebiet gehören. Eine Senkung der Lebenshaltungskosten werde für die Arbeiter und Angestellten nicht eintreten. Dafür Sorge schon die Steuer- und Zollpolitik der Regierung. Die ganze, so geräuschvoll angekündigte Preissenkung, werde sich auf Kosten der Arbeitnehmer vollziehen. Dagegen würden sich die Arbeiter und Angestellten aufs Äusserste wehren.

GdA und DHV haben ähnliche Beschlüsse gefasst.

-----

SPD. Wien, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Im österreichischen Bundesrat, der am Dienstag das Entwaffnungsgesetz der Regierung Schober mit 26 gegen 15 Stimmen annahm, entwickelte sich im Verlauf der Aussprache eine ziemlich erregte Debatte über die Ausweisung des Putschisten Pabst aus Österreich.

Der Heimwehrführer Steidle benutzte die Gelegenheit zu scharfen Angriffen gegen die Regierung Schober. Er bezeichnete die Ausweisung des Majors Pabst als eine Ungeheuerlichkeit und warf der Regierung Missbrauch der Amtsgewalt vor. Es gebe Leute auf der Regierungsbank, die den Polizeistaat ersehnten. Bundeskanzler Schober wies die Angriffe des Heimwehrführers zurück. Wenn ihm jemand nicht wie Steidle immun sei, Missbrauch der Amtsgewalt vorwerfe, so würde er gerichtlich gegen ihn vorgehen lassen. Pabst habe als Ausländer die Grenzen des politisch Zulässigen weit überschritten und sei deshalb ausgewiesen worden. Die Ausweisung selbst sei ein Akt des Innenministeriums gewesen. An sich sei die Ausweisung schon längst beabsichtigt worden. Der Innenminister sei jedoch von ihm (Schober) in dieser Absicht vorerst zurückgehalten worden, um den politischen Kampf nicht noch mehr zu verschärfen. Nach der Neuenburger Kundgebung, in der Pabst erklärt habe, dass der Heimwehrgeist auch in das Heer und die Polizei verpflanzt werden müsse, habe er, Schober, dem Innenminister kein Hindernis mehr in den Weg gelegt und sein Vorgehen gegen Pabst nicht nur als vollkommen berechtigt betrachtet sondern auch ausdrücklich gebilligt.

Steidle und 14 Sozialdemokraten stimmten nach Schluss der Debatte gegen das Entwaffnungsgesetz.

-----

SPD. Bochum, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Infolge der Generalkündigung in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes Northwest hat sich der Belegschaften allgemein eine grosse Erregung bemächtigt, die sich weiter steigern dürfte, sobald die Anschläge mit den neuen Akkordlöhnen erschienen sind. Es ist jedoch nicht anzunehmen, dass sich die Metallarbeiter dem Diktat so beugen werden, wie es die Unternehmer, nach ihren Aussagen von der schlechten Wirtschaftslage, erhoffen. Da es sich um qualifizierte Arbeiter handelt, die schwer zu ersetzen sind, wird der Widerstand keine geringe Bedeutung haben. Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes können in ihrer berechtigten Abwehr auf ihren Verband rechnen, der ihnen jede Unterstützung zuteil werden lassen wird. Die christlichen Gewerkschaften haben den Schiedsspruch zwar ebenfalls abgelehnt, ob sie aus dieser Haltung jedoch ebenfalls die Konsequenzen ziehen werden und zum Widerstand auffordern, bleibt zunächst abzuwarten.

-----

SPD. Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und der Unternehmer über die Preis- und Lohnfrage werden nach einer Mitteilung der "Kölnischen Zeitung" von der Fraktion der Deutschen Volkspartei als gesehen betrachtet. In der Fraktion werde daher der Gedanke erwogen, das Ziel der Lohn- und Preissenkung auf dem Weg der Gesetzgebung zu erreichen. Dies müsse durch eine vorzeitige Kündigung der Tarifverträge geschehen. -

Die Masken fallen. Die Verhandlungen sind zu Ende. Das Lohnsenkungsdiktat von oben soll seinen Fortgang nehmen. Der Weg ist bereits angedeutet: Die Tarife werden gekündigt und der Reichsarbeitsminister wird dann nach dem Muster des Oeynhausener Schiedsspruchs gegen vage Preisabbauversprechungen die Löhne und Gehälter senken. Der christliche Reichsarbeitsminister Stegerwald, dem das Unternehmertum die schöne Rolle eines Lohnsenkungsministers zugedacht hat, wird ja sehen, wie weit er kommt, wenn er den bei der Verbindlichkeitserklärung des Oeynhausener Schiedsspruchs beschrittenen Weg weitergehen will. Eins hat er jedenfalls mit der Verbindlichkeitserklärung erreicht: er hat den Unternehmern den Rücken gestärkt und damit die Verhandlungen der Spitzen zum Scheitern verurteilt. Bei der Haltung des Reichsarbeitsministeriums handelt es sich entweder um ein abgekatertes Spiel zwischen Unternehmertum und Regierung, oder um eine unverzeihliche Ungeschicklichkeit des Reichsarbeitsministers. Wir können dem Reichsarbeitsminister eine solche Ungeschicklichkeit nicht zutrauen; denn auch er konnte sich so gut wie andere Leute sagen, dass eine Verbindlichkeitserklärung für die Eisenindustrie Nord- West die Position der Gewerkschaften in den Besprechungen der Spitzen ausserordentlich schwächen musste. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Annahme, dass bei der Schaffung des Kabinetts Brüning von allem Anfang an der Lohnabbau der Arbeiter und die Gehaltssenkung der Beamten eine so gut wie beschlossene Sache war. Es ging bei der Schaffung dieses Kabinetts, wie in der sozialdemokratischen Presse und vor allem in der Gewerkschaftspresse damals deutlich hervorgehoben wurde, nicht nur um die Arbeitslosenversicherung, sondern um die Gesamtfrage der Lastenverteilung. Diese Lasten sollten, wie nunmehr jedermann in Deutschland erkennen kann, einseitig den Massen aufgehälst werden. Und darum kam es zum Kabinett Brüning.

-----  
SPD. München, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Haushaltsausschuss des bayerischen Landtags kam es am Dienstag anlässlich der Beratung des Etats des Innenministeriums zu einer hitzigen Debatte über das bayerische Uniformverbot.

Der Sozialdemokrat Dill wandte sich gegen das Verbot des Polizeiministers weil es in seiner sinnlosen Verallgemeinerung auch gegen diejenigen politischen Organisationen gerichtet sei, deren ganze Betätigung sich bisher stets im Rahmen der Gesetze und der Verfassung vollzogen habe. Die republikanische Bevölkerung sei empört darüber, dass diese Organisationen mit den Nazis als den erklärten Staatsfeinden und Bürgerkrieghetzern auf eine Stufe gestellt werden. Der Redner der bayerischen Volkspartei billigte die bayerische Verordnung, weil sie geeignet sei, den schleichenden Bürgerkrieg abzdrosseln. Dagegen kündigten die Deutschnationalen als Anwalt des Stahlhelms dem Minister ihren heftigsten Widerstand an. Ihre Redner beschwerten sich darüber, dass weder die Koalitionsparteien der bayerischen Regierung, noch der Ministerrat vor Erlass der Verordnung mit der Sache befasst worden sei. In Bayern hätte bisher verhältnismässig Ruhe geherrscht, man könne aber bezweifeln, ob nach der Verordnung die Verhältnisse nicht viel schlimmer würden. Die Deutschnationalen lehnten jede Verantwortung ab, zumal es den Anschein habe, als ob das Vorgehen gegen die politische Uniform auf der letzten Konferenz der Innenminister in Berlin angeregt und vereinbart worden sei.

Innenminister Stützel verwahrte sich mit aller Entschiedenheit gegen die deutschnationalen Behauptungen. Er betonte, dass auf der Ministerkonferenz von der ganzen Sache mit keinem Worte die Rede gewesen sei. Das Verbot für Bayern habe er allein auf seine Kappe genommen. Gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten sei er der Auffassung gewesen, die Sache nicht vor den Ministerrat zu bringen. Wenn die Verordnung nicht ausreiche, den Krieg im Innern zu verhindern, dann müsse sie verschärft werden. Zunächst wolle er aber noch 6 bis 8 Wochen warten. Die Debatte wird fortgesetzt.

SPD. Genf, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Kommission zur Beratung der Konvention über die Arbeitszeit der Kohlenbergleute nahm am Dienstag den Antrag der deutschen Regierung, die Braunkohlengruben von der Konvention restlos auszunehmen und die Arbeitszeit dieser Gruben im nächsten Jahre auf der Arbeitskonferenz in einer Sonderkonvention zu regeln, mit 24 gegen 20 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen an. Von der Arbeitgebergruppe stimmten die Vertreter der Tschechoslowakei, Österreichs, Polens, Rumäniens und Süd-Slawiens gegen den Antrag. Die Mehrheit der Arbeitervertreter stimmte nach reiflicher Überlegung für den Antrag, da er ohne ihre Unterstützung abgelehnt worden wäre und damit die auszuarbeitende Konvention über die Arbeitszeit der Kohlenbergleute schwer gefährdet worden wäre.

-----

SPD. Wien, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Ein Wiener Abendblatt meldet über die Gründe zur Ausweisung des Major Pabst, dass Pabst mit faschistischen Kreisen einer benachbarten Macht - offenbar Italien - Verbindungen angeknüpft und von ihr finanzielle Unterstützungen für die Heimwehr erhalten habe. Pabst habe sich auch verpflichtet, bei einem Konflikt dieser Macht mit einer anderen Macht - Jugoslawien - durch die Heimwehr praktische Hilfe zu leisten und ihr den Weg durch Österreich zu öffnen. Angesichts dieser Zusage sei seinerzeit der Wiener Gesandte des in diesen Abmachungen berührten Staates - Jugoslawien - bei dem Bundeskanzler Schober vorstellig geworden, der vollkommen beruhigende Erklärungen abgegeben habe.

-----

SPD. New York, 17. Juni (Eig. Drahtb.)

Die von den amerikanischen Parlamenten beschlossene und inzwischen von Hoover unterzeichnete Zollvorlage ist am Dienstag um Mitternacht in Kraft getreten. Die Börse reagiert nach wie vor auf die Inkraftsetzung der Vorlage in pessimistischer Stimmung. Nur ein Teil der Kurse zog am Dienstag infolge einer Stützungsaktion der Grossbanken an.

-----

SPD. Der Reichsleiter der nationalsozialistischen Schule Dr. von Renteln hielt auf der in diesen Tagen in Weimar abgehaltenen Reichstagung des nationalsozialistischen Schülerbundes eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Während die Hitlerjugend Aufmärsche, Geländespiele usw. veranstaltet, sei der Schülerbund eine Organisation, deren Mitglieder nicht in der Lage seien, auf der Strasse in Braunhemden zu demonstrieren, deren Mitglieder also, bestünde der Schülerbund nicht, dem Nationalsozialismus verloren gingen. Selbstverständliche Pflicht eines jeden Schülerbundführers sei es, immer wieder zu betonen, dass der Schülerbund im Rahmen der grossen Jugendfront des Nationalsozialismus nichts anderes darstelle als eine Vorstufe zur Hitlerjugend und SA. Ebenso selbstverständliche Pflicht eines jeden Schülerbundesmitgliedes sei es, sobald es dem Terror der Schule nicht mehr ausgesetzt sei, unverzüglich in die Kampforganisation der nationalsozialistischen Jugend, in die Hitlerjugend und SA einzutreten.

Es kann nach diesen Ausführungen über Ziel und Zweck des nationalsozialistischen Schülerbundes wohl nicht mehr der geringste Zweifel bestehen. Der Bund ist nichts anderes als eine getarnte Parteiorganisation der Nationalsozialisten an den Schulen. Insofern steht er im Widerspruch zur Reichsverfassung und muss infolgedessen verboten werden.

-----

SPD. Lübeck, 17. Juni (Eig. Drahtber.)

Der Lübecker Genossenschaftstag nahm am Dienstag den Bericht des Vorstandes entgegen. Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine sprach Vollrath Klepzig:

"Der Grundsatz der Barzahlung wird von den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes nach wie vor anerkannt. Die Konsumgenossenschaften bekämpfen das Borgsystem, weil es den Verbrauchern den Lebensunterhalt verteuert und ihnen die wirtschaftliche Unabhängigkeit nimmt. Die Aufgaben der Deutschen Konsumvereine wachsen von Jahr zu Jahr. Sie werden grösser und vielseitiger, aber auch schwerer. Die ältere Generation der konsumgenossenschaftlichen Führer wird in einem Jahrzehnt zum grössten Teil von ihrem Arbeitsplatz abgetreten sein. Steht den Konsumgenossenschaften bis dahin nicht ein genügend geschulter, erfahrener und gereifter Nachwuchs für die leitenden Stellen zur Verfügung, so wird die Konsumgenossenschaftsbewegung Schaden erleiden und in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Daher wird die Förderung des Führernachwuchses immer mehr zur dringendsten Forderung des Tages.

Die Konsumgenossenschaften stehen zur Zeit mehr als je einer Welt von Feinden gegenüber. Darum ist jede Schonung ihrer wirtschaftlichen Gegner und jede Unterstützung ihrer offenen und heimlichen Feinde ein Verrat an der Verbraucherbewegung. Jeder Pfennig, der jetzt noch von den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften in die Taschen der Konsumvereinsgegner geleitet wird, bedeutet eine leichtfertige und unverantwortliche Unterstützung des Kampfes gegen die Konsumgenossenschaft. Alle Verbraucher müssen jetzt zur Abwehr der konsumgenossenschaftsfeindlichen Bestrebungen auf die Schanzen gerufen werden. Die Teile der Deutschen Arbeiterbewegung, deren aufrichtige Freundschaft und Waffenbrüderschaft zu erwarten ist, müssen veranlasst werden, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss und ihre ganze Kraft zu Gunsten der organisierten Verbraucher wirksam werden zu lassen. Im Abwehrkampf der Genossenschaft wird die Frau die stärkste Bundesgenossin sein. Die Frauen müssen es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, überall dafür einzutreten, dass die Bedarfsdeckung der Konsumgenossenschaftsmitglieder ohne Ausnahme in den Verteilungsstellen der Konsumvereine erfolgt.

In den letzten Wochen werden die Verbraucher wieder einmal mit dem Hinweis auf einen Preisabbau getröstet. Die Erfahrungen lehren, dass derartige Preisabbaupläne nicht verwirklicht werden können, wenn nicht die Erzeugerpreise weiter gesenkt und die vermehrte Belastung der Lebensbedürfnisse durch Zölle und indirekte Steuern unterbunden werden. Die Konsumgenossenschaft hat sich stets verpflichtet gefühlt, dafür zu sorgen, dass sich die an den Warenmärkten eingetretenen Preisrückgänge in den Verbraucherkreisen auswirken. Sie haben den Preisabbau zu jeder Zeit ohne einen Druck betrieben. Ihre Wesensart und ihr wirtschaftliches Können bürgen dafür, dass von ihnen auch in Zukunft jede Preissenkung zu Nutz und Frommen der Verbraucher gefördert wird.

Bästlein referierte über wirtschaftliche Angelegenheiten und über die Arbeit im freien Ausschuss: "Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat auch im Berichtsjahr 1929 in weitestgehender Weise im Freien Ausschuss der deutschen Genossenschaftsverbände, dem die vier grossen Spitzenorganisationen der deutschen Genossenschaftsbewegung angehören, mitgearbeitet. Der Ausschuss behandelte durch schriftliche Umfragen sowie in verschiedenen Sitzungen Gutachten zu den Gesetzesvorlagen der Reichsregierung und hat sich auch wiederholt mit den Ausführungen zu den verschiedenen Gesetzen beschäftigt. Die Interessen der verschiedenen Spitzenverbände, seien es die der Landwirtschaft, des Handels oder die der Konsumgenossenschaften, gehen weit auseinander. Im Freien Ausschuss haben es jedoch die Vertreter der verschiedenen Verbände verstanden, für die Weiterentwicklung des Genossenschaftsgedankens und der Genossenschaften eine gemeinsame Arbeit zu leisten. Es wurde im letzten Jahre erreicht, dass, mit ganz wenigen Ausnahmen, die Beschlüsse einheitlich unter Berücksichtigung der verschiedenen Arten zustande gekommen sind. Bedauerlicherweise muss immer und



immer wieder festgestellt werden, dass entgegen der Einigkeit im Freien Ausschuss bei Verhandlungen in den Parlamenten die Interessenten der verschiedenen Genossenschaftsarten und Verbände sich schroff gegeneinanderstehen und eine gemeinsame Arbeit infolge Hass, Neid und Missgunst unmöglich machen.

Für die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine war im Jahre 1929 die Wirtschaftslage von grosser Bedeutung. Die Verflauung des deutschen Wirtschaftslebens setzte sich im Jahre 1929 in verstärktem Umfange fort. Wenn trotzdem die Konsumvereine ihren Umsatz halten und sogar 118 Millionen Reichsmark mehr Umsatz als im Jahre 1928 erzielen konnten, so ist dies ein Beweis für die Stärke der Organisation und die Leistungsfähigkeit der Konsumvereine.

Die Kohlenwirtschaft und die hauptsächlich in den ersten drei Monaten des Berichtsjahres erfolgte geringe Zuteilung der Syndikate an die Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine bot Anlass zu wiederholten Beschwerden. Es besteht Aussicht, dass eine Einigung zustande kommt, durch die die vorhandenen Misstände endgültig abgeschafft werden und die Kohlenversorgung der Verbraucher durch die Genossenschaften garantiert wird.

Die Mitarbeit im Reichsausschuss für Lieferungsbedingungen, in der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, in der Getreidehandelsgesellschaft und in sonstigen wirtschaftlichen Organisationen bot im Jahre 1929 Gelegenheit, den Standpunkt des Zentralverbandes zur Kenntnis und zum Teil auch zur Durchführung zu bringen.

Die seit Jahren von der Reichsregierung versprochene gesetzliche Regelung des Kartellwesens ist nach wie vor ein Gebot der Stunde. Leider muss festgestellt werden, dass bis jetzt nicht geschehen ist und dass das verlangte Kartellregister immer noch fehlt. Gegen die Entscheidung des Kartellgericht, wonach die Verhängung einer Sperre oder eines Nachteils im Sinne des § 9 der Kartellverordnung nicht vorliegen kann, wenn eine Kartellorganisation den Genossenschaften höhere Preise als dem übrigen Handel abnimmt, muss vom Zentralverband energisch Front gemacht werden. Wenn man heute die missliche Wirtschaftslage Deutschlands betrachtet und es dann zulässt, dass anerkannte Händler einen Rabatt von 32 Mark auf die Grundpreise erhalten, während den Genossenschaften nur 12 Mark zugestanden werden und darin keine Sperre oder Nachteil von ähnlicher Bedeutung erblickt werden kann, so muss man schon sagen, dass diese Art von Entscheidung eine Unterdrückung der Genossenschaften bedeutet. Denn wenn eine Wirtschaftsform rationeller arbeiten kann, so ist es ein Widerspruch, wenn diese Wirtschaftsform dafür bestraft werden soll. Diese Entscheidung darf man doch wohl nur als einen Irrtum ansehen; es ist dringend notwendig, sie schleunigst einer Revision zu unterwerfen.

Der Kampf mit dem Markenartikelverband ist nur noch Teilarbeit bei den Konsumvereinen, weil die dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften die Markenartikel ausgeschaltet und die Eigenartikel der Grosseinkaufsgesellschaft eingeführt haben, so dass sie in dieser Beziehung der unabhängigste Wirtschaftsverband Deutschlands sind. Das Zündholzmonopolgesetz gab Veranlassung zu wilden Hetzen gegen die Konsumvereine seitens des Handels. Wenn es den Konsumvereinen gelungen ist, ihre Selbständigkeit zu wahren, so musste diese mit einer hohen Belastung der Genossenschaften erkaufte Freiheit gegen den bei den Verhandlungen erhobenen Vorwurf gegen die Grosseinkaufsgesellschaft, dass diese einen Antrag auf Einführung des Monopols gestellt habe, muss nach wie vor entschieden Verwahrung eingelegt werden, weil dieser Vorwurf den Tatsachen nicht entspricht.

Die wilde, demagogische Agitation der Verbände des Einzelhandels, in der Unwahrheiten, wie Steuerfreiheit der Konsumvereine, Staatsunterstützungen und politische Verdächtigungen ausgesprochen werden, geben Zeugnis von einem Fanatismus, wie der nicht schlimmer sein kann.

Im Rahmen des Steuervereinheitlichungsgesetzes hat die neue Regierung erklärt, dass sie Wert darauf lege, dieses Gesetz zum 1. April 1931 in Kraft zu

setzen. Den Genossenschaften ist es unverständlich, dass man nicht nur die Besteuerung der Genossenschaften verlangt, sondern sogar im § 20 eine zwanzigprozentige Extrabesteuerung für Filialbetriebe fordert, das ist eine Ausnahmesteuer: schlimmster Art. Gegen diese Massnahme erhebt der Zentralverband deutscher Konsumvereine energisch Protest. Weiter kommt hinzu, dass die Konsumvereine, denen durch den § 8 des Genossenschaftsgesetzes verboten ist, an Nichtmitglieder Waren abzugeben, durch die Spionage des Einzelhandels, der Handwerkerorganisationen usw. in vielen Städten bei einzelnen geringen Abgaben an Nichtmitglieder zur Körperschaftssteuer herangezogen werden und der Reichsfinanzhof dieses Gebaren gutheisst".

Den guten Eindruck der beiden Referate, - insbesondere wurde die Mahnung Klepzig's begrüsst, beizubehalten für einen geeigneten Nachwuchs in der Konsumbewegung zu sorgen - suchten die Kommunisten in der Aussprache zu stören. Klepzig bedeutete ihnen aber, dass auf einem Genossenschaftstag kein Raum für kommunistische Phrasendrescherei sei. Die kommunistischen Diskussionsredner sahen auch bald ein, dass sie der Kongress glatt abfallen liess. Die Rolle der kommunistischen Opposition auf dem Genossenschaftstag ist wohl bedeutungslos geworden.

Der Kongress nahm im weiteren Verlauf seiner Beratungen die Entschliessungen gegen das Steuerunrecht an. Dann referierte Bästlein über Zoll- und Steuerfragen:

"Die neue Belastung, die vorzugsweise die breiten Schichten der Konsumenten trifft, soll 754 Millionen Reichsmark pro Jahr erbringen. Dazu kommt noch eine halbe Milliarde erhöhter Zölle und Preiserhöhungen durch Zölle, sodass die neue Steuerbelastung 1  $\frac{1}{2}$  Milliarde Reichsmark ausmacht. Die Zollerhöhungen sollen in erster Linie dem Wiederaufbau der zusammengebrochenen Geldwirtschaft der Landwirtschaft zugute kommen. Hierbei ist aber zu erwähnen, dass die seit Jahren bestehenden Klagen durch Zölle keine Abhilfe erfahren können. Die neuen Zölle für Lebensmittel sind eine einseitige Belastung, die die zum Teil erwerbslosen Verbraucher nicht tragen können. Wenn die Lebensmittel in Deutschland an anderen Ländern gegenüber verteuert sind, so muss dies nicht nur zur Verbitterung beitragen, sondern im kommenden Winter bei der immer weiter zunehmenden Arbeitslosigkeit zu furchtbaren Katastrophen führen. Der Erwerbslosigkeit wird auch weiter Vorschub geleistet, weil der Zollschatz zu hoch und die ausländischen Abnehmer verärgert werden. Die untragbaren hohen Zölle können keine Gesundung der Landwirtschaft bringen, dazu ist die eigene Tätigkeit durch Ausbau der Rationalisierung und durch betriebstechnische Umstellungen notwendig. Die Landwirtschaft muss sich um die Produktionsbedingungen konkurrierender Länder und weiter um den veränderten Verbrauch im eigenen Lande kümmern und nur solche Waren erzeugen, für die Absatz vorhanden ist. Der Mehranbau von Roggen im Jahre 1930 beweist, dass man sich in der Landwirtschaft nicht umstellen will, sondern das Heil nur in hohen Zöllen und Staatssubventionen sieht. Die Qualität der produzierten Waren steht dem Ausland gegenüber bei vielen Erzeugnissen zurück. Die Absatzorganisation ist mangelhaft; es ist notwendig, eine zeitgemässe Absatzorganisation aufzubauen. Erzeuger- und Verbraucherorganisationen könnten viel in dieser Sache tun, aber nur, wenn man auf gleicher Basis zusammenarbeitet. Als Prüfgelknaben lassen sich die Konsumgenossenschaften nicht gebrauchen, wie es anscheinend die Deutschnationale Volkspartei im Reichstag glaubt. Die technischen Neuerungen müssen besser angewandt werden, die Art der Erzeugung muss rationeller vor sich gehen, auch der Ausbau des Bildungswesens und der technischen Schulen dürfte Fortschritte bringen. Weiter ist Einrichtung von Güteklassen nach Qualität erforderlich. Die Hauptsache ist immer die Lieferung von ordnungsgemässen Waren. Der deutsche Verbraucher weiss, dass es der Landwirtschaft schlecht gegangen ist und wird sie auch unterstützen, wenn die Voraussetzungen gegeben sind. Die jetzigen Hochschutzzölle sind jedoch ein Schlag ins Wasser. Die dadurch hereinkommenden Gelder werden durch Einfuhrscheine wieder verplempert, so dass zwar einige Grossgrundbesitzer, aber die Allgemeinheit keinen Vorteil davon hat.

Die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 % auf 0,85 % ist ein besonderes

Produkt der neuen Regierung. Aber das bedeutet alles nicht gegen die furchtbare Schandsteuer,  $\frac{1}{2}$  % Umsatzsteuer von allen Betrieben mit einer Million Reichsmark und mehr Umsatz im Einzelverkauf zu erheben. Den in den Konsumvereinen organisierten Konsumenten werden die geringen Beträge, die sie als Rabatte zurück erhalten sollen, abgenommen. Das ist eine Konfiskation von Ersparnissen der Aermsten! Die Gutsituierten zahlen zu diesen Lasten keinen Pfennig, aber der armen Witwe, die vom Konsumverein vielleicht 50 Mark Rabatt bekommt, nimmt man 10 %, das sind 5 Mark, im voraus davon ab. Für diese Massnahme ist keine Begründung vorhanden, nur Hass und Neid. Die Steuer selbst bringt 27 Millionen Reichsmark ein, von denen allein die deutschen Konsumvereine mehr als 5 Millionen Reichsmark aufbringen müssen. Die Wirtschaftspartei hat diese Schandsteuer erfunden. Das Kabinett hat sich für diese Steuer entschieden, ohne sich um die furchtbare Auswirkung zu kümmern. Es ist keine finanzielle Steuer, es ist eine Wirtschaftssteuer. Es ist eine Steuer, entsprungen purem Hass und Neid, weil man den rationalisierten Genossenschaften das Lebenslicht ausblasen will. Der Steuerbetrag könnte auf die ganze Wirtschaft des Reiches umgelegt werden. Aber man bezweckt damit, die eigene Unfähigkeit zu verdecken und andere Organisationen, die sich selbst helfen und keinen Pfennig vom Reich verlangen, in ihrer Entwicklung zu hemmen. Das ist die Gerechtigkeit dieser Regierung. Seit Bestehen des Reiches ist eine solche Ausnahmebesteuerung noch niemals vorhanden gewesen. Man hat es nicht gewagt, so etwas durchzuführen und auf die jetzige Regierung passt der Ausspruch des Zentrumsabgeordneten Schlack im Reichstag, "sie sei die reaktionärste Regierung seit der Revolution".

Der grösste Teil der Wirtschaft wendet sich gegen diese Ausnahmebesteuerung. Im Parlament hat die sozialdemokratische Partei sofortige Aufhebung der Steuer, rückwirkend vom 1. April 1930 an, verlangt. Das Zentrum empfiehlt der Reichsregierung, im Herbst die Aufhebung dieser Steuer zu prüfen, die Demokraten verlangen Nichterhebung. Im Reichstage selbst sind diese drei Anträge am 26. Mai behandelt worden. Bei gutem Willen hätte man sofort die Aufhebung beschliessen können. Das ist aber nicht geschehen, sondern die Anträge sind dem Steuerausschuss überwiesen worden. Vielleicht werden sie dort einmal im Herbst durchberaten. Den Parteien wird es Angst vor ihrer eigenen Courage. Zweck dieser letzteren Anträge ist in erster Linie nur die Hinauszögerung in der Hoffnung, dass die allgemeine Stimmung dann etwas abflaut. Die Wirtschaftspartei hat schon erklären lassen, dass sie auf keinen Fall für die Aufhebung der Steuer zu haben sei, und, falls diese Steuer aufgehoben wird, aus der Regierung austreten würde. Wir werden ja sehen, wie weit dieses Trauerspiel noch geht. Wenn eine kleine Partei ihre Macht durch Gewalt, Hass und Neid weiter ausführen will, so muss die Verbraucherschaft den Kampf in der grössten Schärfe gegen diese Schandsteuer aufnehmen, und zwar dahingehend, dass jene Kreise ihre Torheit am eigenen Beutel spüren!

Organisierte Verbraucher! Willt ihr auch nur einen Pfennig anderswo hintragen als in euer eigenes Geschäft? Wollt ihr nicht alles aufbieten, um den letzten Verbraucher den Klauen eurer Todfeinde zu entreissen und zum Mitstreiter für die gemeinsamen Interessen zu machen? Diese Schandsteuer müsste auch im Gutmütigsten den Willen wachrufen: Schluss mit dieser Misswirtschaft. Der Verbraucher kann seine Bedarfsdeckung selbst regeln, in der Organisation, im Konsumverein."

Den Schluss der Dienstag-Sitzung bildete der Bericht Kasch's über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten: Bewährt hätten sich die Internationalen Pressekonferenzen und der Ausbau der Berichterstattung des Sekretariats. Die Internationale Sommerschule beginne sich zu einem wertvollen Mittel des Gedanken- und Erfahrungsaustausches zu entwickeln. Um den Genossen schaftern den Besuch dieser Schule zu ermöglichen stelle die Heinrich-Kaufmann-Stiftung jetzt zum ersten Male Mittel zur Verfügung. Der Schaffung eines internationalen Wirtschaftsprogramms stellten sich immer wieder neue Schwierigkeiten

in den Weg. So verlangten neuerdings die französischen Genossenschafter zu allem Ueberfluss eine Prüfung der Rochdaler Grundsätze auf ihre weitere Gültigkeit und Anwendbarkeit. Die Franzosen fühlten sich durch die immer währende Hervorhebung dieser Grundsätze "eingeengt". Der Redner verneint schliesslich, dass die Genossenschaften durch den Grundsatz der Barzahlung, des Verkaufs guter und vollgewichtiger Ware, der Verteilung des Reinüberschuss nach Massgabe des Umsatzes, der demokratischen Selbstverwaltung und der Neutralität in politischen und religiösen Dingen eingeengt werden könnten. Er schloss mit dem Ausdruck der Hoffnung, dass der kommende Wiener Kongress auf diese und andere Fragen eine befriedigende Antwort geben werde.

---

SPD, London, 17. Juni (Eig. Drahtber.)

Am Dienstag nachmittags ist das Unterhaus nach einer zehntägigen Pause wieder zusammengetreten. Es beginnt seine Arbeit mit einer Debatte über die Arbeitslosigkeit, die das gesamte politische Leben Englands jetzt und für die kommenden Wochen überschatten wird. Alle Parteien sind bestürzt über die unaufhaltsam anschwellende Erwerbslosenziffern.

Der neueste New Yorker Börsenkrach war ein ungünstiges Vorzeichen für die Parlamentseröffnung. Am Dienstag haben sich die Montagereignisse aus der New Yorker Börse auf dem Londoner Markt bereits sehr schädlich ausgewirkt. Kein Wunder, wenn auf allen Seiten Bestrebungen im Gange sind, eine gemeinsame Aktion einzuleiten, da alle Parteien einsehen, dass die Arbeitslosigkeit ein Übel darstellt, das weder mit Schlagworten noch mit Salben geheilt werden kann. Dieser Auffassung war auch die am Dienstag unter dem Vorsitz von MacDonald abgehaltene grosse Konferenz zwischen der Regierung und den lokalen Behörden. MacDonald setzte hier in einer ausgezeichneten Rede noch einmal den Ernst der Lage auseinander. Von den versammelten Vertretern der Kommunen erhielt MacDonald die Versicherung treuer Mitarbeit.

Mittlerweile war das Parlament zusammengetreten. Hier bildete das Angebot Lloyd Georges zur Mitarbeit die viel besprochene Sensation. Aus den Äusserungen der liberalen Abgeordneten ist ersichtlich, dass Lloyd George die Zustimmung seiner Parteigenossen besass, als er dem "Daily Herald" seine Erklärungen abgab. Trotz allem Skeptizismus, dem Lloyd George und seine Taktik im Lager der Regierung und der Labour Party begegnet, hat der liberale Führer bisher noch keine Absage erhalten. Das bedeutet zwar auch noch keine indirekte Zusage, es beleuchtet jedoch die wirtschaftliche und parlamentarische Lage Englands, Äusserungen von Mitgliedern der Regierung lassen erkennen, dass der Vorschlag Lloyd Georges innerhalb der Regierung ernsthaft erwogen und nicht wie es bei früheren Verhandlungen der Fall war, mit einer Handbewegung abgetan wird. Andere Regierungsmitglieder sind der Ansicht, Lloyd George müsse endlich einmal seine Pläne vorlegen, über die er bisher nur vage Andeutungen gemacht habe. Der linke Flügel der Arbeiterpartei vertritt die Auffassung, dass es in der Arbeitslosenfrage nur zwei Wege für die Regierung gebe: Entweder solle MacDonald erklären, das kapitalistische System lasse keine Lösung der Arbeitslosenfrage zu. Dann müsse der Ministerpräsident auch entsprechend handeln und der Arbeiterpartei die Möglichkeit geben, bei den kommenden Wahlen eine sozialistische Mehrheit zu erobern, um ein sozialistisches Mandat für die Lösung der Arbeitslosenfrage zu erhalten. Der zweite Weg sei, den Versuch zu unternehmen, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung die Arbeitslosenfrage zu lösen, und in diesem Falle sei das Angebot von Lloyd George nur zu begrüßen.

---

## Reichstags=Stimmungsbild.

SPD, Berlin, den 17. Juni (Fig. Ber.)

Nun ist der thüringische Staatsminister Dr. Frick selbst in die parlamentarische Arena nach Berlin geeilt. Am Dienstag trat er im Reichstag an, freilich nicht als Staatsminister, sondern als schlichter Abgeordneter. So viel Vorsicht hat ihm unsere Kritik doch schon anerkennen lassen, dass er nicht mehr wet im Namen der thüringischen Staatsregierung zu sprechen.

Fricks Reichstagsrede war das Gegenteil von Tapferkeit. Er steht nicht zu dem, was er in Thüringen getan hat. Er retuschiert. Er beschönigt. Er biegt um. Er befindet sich, wie ihm die sozialdemokratischen Abgeordneten zuriefen, ständig in der Kniebeuge. So meinte er als Gegenschlag gegen das Reich könnte man ja einen thüringischen Steuerhockkott einrichten, oder eine eigene thüringische Notpolizei. Das Haus lachte ihn aus. Die Heiterkeit steigerte sich, als er mit einem falschen Zungenschlag von "landesherrlichen Rechten" Thüringens sprach. "Seine Hoheit Herzog Frick" riefen belustigt Abgeordnete der Linken. Mehr und mehr machte die Unterbrechung Herrn Dr. Frick nervös. Seine Parteifreunde Goebbels und Dreher brüllten ständig als passende Begleitmusik Schimpfwörter in den Saal. Der Vizepräsident Esser wies diese unparlamentarischen Buhhinaus. Vorher schon war der Nationalsozialist Stöhr wegen ständiger roher Zwischenrufe hinausgewiesen worden. Dr. Frick versuchte den harmlosen, braven Staatsbürger zu spielen. Die Nationalsozialisten bedrohen die Verfassung? Im Gegenteil: Herr Frick gelobt, dass er seinem Eid getreu die Verfassung schützen werde, sogar gegen die - - Sozialdemokratie. Aber er hat doch am 9. November 1923 seinen Verfassungs- und Beamteneid gebrochen? I wo, antwortet Herr Dr. Frick, damals waren die Verhältnisse ganz anders. Woraus zu schliessen ist, dass Herr Dr. Frick genau so wie 1923 mit seinem Eide umgehen könnte, wenn die Verhältnisse sich wieder ändern. Feinlich wurde der Auftritt, als der Führer einer Partei mit so viel Blutschuld für religiös sittliche Erneuerung sich einsetzte. Er sprach nämlich über seine Hasagebete. Erst versuchte er, um die Sache herumzureden, aber er war entschieden nicht taktfest. Die Sozialdemokratische Fraktion brachte ihn durch ständige Zurufe dazu, seine künstliche Haltung zu vergessen und wider Willen die volle Wahrheit zu sagen. So kreischte er denn endlich in den Saal, dass sich seine Gebete auch gegen Juden richten. Etwas, was er zunächst glaubte vertuschen zu können. In höchster Nervosität gab er dann weiter zu, dass ein anderes Gebet, das gegen Verrat und Betrug den Herrgott anbetet, gegen die Sozialdemokratie sich richtet. Minutenlang schrie die Sozialdemokratie diesem Menschen ihre Verachtung ins Gesicht. Als er abging klatschten einige Deutschnationale ihm Beifall, darunter der Abgeordnete Dr. Spahn.

Der Reichsinnenminister Dr. Wirth erhob sich sofort und hatte diesmal einen glücklichen Tag. Mit eherner Ruhe hielt er dem Getue des Dr. Frick Tatsachen und Wahrheit gegenüber. Im Gegensatz zu der Schilderung Fricks habe der thüringische Staatschef Baum sich sehr scharf im Reichsinnenministerium gegen seinen sonderbaren Ministerkollegen ausgesprochen. Frick wolle, so sagte Wirth, die Strafe des Himmels gegen Betrug und Verrat herabflehen. Der Minister habe vergessen, dass er selbst einmal Hochverrat begangen habe. Er lasse also gegen sich selber beten. Dann griff der Reichsminister zu den amtlichen Berichten über thüringische Haushaltsberatungen. Er überführte den jetzt so zahm tuenden Frick mit dessen eigenen Worten in Thüringen. Dort hat er amtlich im Gegensatz zu den heutigen Abschwächungsversuchen sich zu seinen antisemitischen Gebeten bekannt. Schliesslich verlas Wirth das Gutachten eines hervorragenden evangelischen Theologen über die Gebetsfabrikation des Herrn Dr. Frick und siehe da, dieser evangelische Sachverständige hat festgestellt, dass die Gebete des Judenfrössers Dr. Frick auf alttestamentarischer Frömmigkeit beruhen. Da sass nun der verjudete Antisemit Frick mit hochrotem Kopf auf seinem Stuhl und der ganz



ze Reichstag lachte ihn minutenlang aus. Der echte Nationalsozialist im Landtag wird sagen: "So geht es nun. Selbst wenn man antisemitische Gebete einführt, kommt man dahinter, dass sie schliesslich von Juden herkommen. An allem sind eben die Juden schuld." Sogar an der mangelnden Begabung des ersten nationalsozialistischen Ministers der Weltgeschichte. Das ganze mutlose Gerede Fricks über die gesetzlichen Absichten der Nationalsozialisten schlug Wirth mit dem Material aus der brutalen nationalsozialistischen Schandpresse nieder. Frick warnte kein Wort der Verteidigung. Wirth schloss unter grossem Beifall mit der Erklärung, dass er die Verfassung verletzen würde, wenn er einem solchen Polizeiminister Reichsgeld zuweisen wollte. Damit hat sich Wirth endlich auf den Boden begeben, den wir ihm schon vor Wochen gezeigt haben.

Als gleich darauf der thüringische Abgeordnete Fröhlich das Wort nahm, riss der Abgeordnete Frick aus. Er machte es wie im Krieg und zog sich in die Etappe der Klubsessel zurück. Fröhlich schenkte ihm dennoch nichts. Er charakterisierte diesen Menschen, der ständig von Wehrwillen und Freiheitskampf spricht, aber sich während des Krieges in bequemen Stellungen der Heimat aufhielt, statt seinen Wehrwillen in der Front zu verteidigen. Immer sei Frick dort tapfer, wo es nicht gefährlich sei. Fröhlich wies dann in Einzelheiten nach, wie jammervoll die bürgerlichen Koalitionspartner der Nationalsozialisten sich in Thüringen benehmen. Die Nationalsozialisten leben von der Feigheit des Spiessertums.

Der Kommunist Dr. Neubauer, einst als Vaterlandsparteiler ein Geistesverwandter Fricks und noch jetzt der alte Friseur machte die Sozialdemokraten für Frick verantwortlich. Dann nahm sich der sozialdemokratische Abg. Crispien den Rundfunk vor, der noch immer auf entscheidenden Gebieten rein bürgerlich eingestellt sei. Warum sei im letzten Augenblick die Uebertragung der Berliner Maifeier verweigert worden? Anscheinend nur weil die Berliner Sozialdemokratie in einem besonderen Aufruf, der mit der eigenen Feier garnichts zu tun hatte, auch einen Absatz gegen Brünnings Politik gerichtet hat. Crispien verlangte ein Reichsrundfunkgesetz. Dr. Wirth gab zu, dass Crispiens Darstellung richtig ist. In der Tat hat zwar nicht ein sozialdemokratischer aber ein gewerkschaftlicher Aufruf zu der ablehnenden Haltung der Rundfunkgesellschaft geführt. Welch eine Kleinlichkeit! Welch eine Aengstlichkeit! Welch eine Parteilichkeit zu Gunsten der Kirchen, die hundertfach im Jahre in religiösen Feiern zu Worte kommen. Der Tag schloss ab mit einer barmherzigen und auch formal ausgezeichneten Rede des sozialdemokratischen Abg. Schreck für die Unterstützung des Sports durch das Reich, für die besondere Sportkultur der Arbeiterklasse und für die soziale Entwicklung der Bühnenkultur.

Fortsetzung der innerpolitischen Aussprache am Mittwoch 10 Uhr,

---

SPD, Danzig, 17. Juni (Eig. Drahtber.)

Danzig hat endlich wieder eine Regierung. Der Volkstag wählte am Dienstag das sozialdemokratische Mitglied Gehl zum Vizepräsidenten des Senats. Ausserdem wurden zu parlamentarischen Senatoren 7 Sozialdemokraten, 4 Zentrums- und 2 Beamtenvertreter gewählt. Die erste Aufgabe des neuen Senats wird die Deckung des Defizits in Höhe von 11 Millionen Gulden sein.

---

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Der Balkanier Wirth.

SPD. Die Zeitschrift "Das Staatsschiff", herausgegeben von Peter Weber, den innenpolitischen Redakteur des "Deutschen", sympathisiert mit den Herren Brüning und Treviranus. Die Sympathie beruht auf Gegenseitigkeit, wenn die beiden Herren auch die Sympathie dann schamhaft verleugnen, wenn die Zeitschrift zu dick aufträgt. Der politische Hauptberuf dieser Zeitschrift ist der persönliche Kampf gegen Josef Wirth. Weil kürzlich ein Zentrumsmann in der "Frankfurter Zeitung" Herrn Brüning kritisiert hat, fällt das "Staatsschiff" zur Revanche über Wirth her. Es macht ihn verantwortlich für diese Zuschrift und schreibt nach einigen einleitenden Sätzen:

"Und so geht diese aus Wirth'scher Richtung kommende, überhaupt echt Wirthsche Zuschrift weiter. Nichts bleibt erspart. Männer wie Wirth, Leute von Erfahrungen politischer Vergangenheit, die Exponenten geborenen Führertums sind. Das überschreitet die Grenzen erlaubten Eigenlobes jedoch ein wenig, selbst wenn man bedenkt, dass diese Zuschrift nicht von Wirth selbst geschrieben, sondern von einem seiner Leute stammt. Inhaltlich ist die Zuschrift uninteressant; dass sie möglich ist, das ist in der Tat bezeichnend für das Tempo der Entwicklung zur Pseudodemokratie balkanischer Färbung, den manche politische Zirkel nehmen!"

Aus dieser Attacke spricht Hass, wie ihn nur Zentrumspolitiker untereinander haben. Dieser Hass ist stärker und intensiver als aller Hass, den irgend ein Zentrumsmann nach aussen hin aufbringen könnte. Allerliebste dabei ist die Bezeichnung des Kreises um Wirth als Pseudodemokratie balkanischer Färbung. Das ist entschieden hart und dazu noch ungeheuer andeutungsreich. Was ist das Dritte des Vergleiches zwischen dem Kreis um Wirth und balkanischer Politik? Von allem anderen abgesehen - man kann sich ja soviel dabei denken - etwas das übertriebene, wie dicke Schminke aufgetragene Lob, das der Kreis seinem Herrn und Meister zollt? Aber wie ist es mit den nicht minder dicken Vorschussloberbeeren, die im "Staatsschiff" und anderswo den Herren Brüning und Treviranus gespendet wurden zu einer Zeit, wo der Weihrauch in dicken Wolken emporstieg und aus den Wolken das Gesicht des Herrn Brüning messianisch hervorglänzte? Pseudodemokratie balkanischer Färbung: Und doch ist es eine ganz gute Prägung, wenn sie nur nicht einseitig angewendet wird! Sagt sie doch kurz und bündig in drei Worten, was herauskommt, wenn impotente Diktaturgelüste sich als demokratisches Führertum maskieren.

## Die Erziehung zum Rowdytum.

Das Rowdytum auf den Strassen nimmt in erschreckendem Masse zu, die politischen Apachen werden frecher, der Mord wird zum Sport. Man forscht nach den psychologischen Ursachen und neigt zum Schluss: Wenn das Apachentum zum Sport wird, muss der Sport dafür sorgen, dass das Apachentum aufhört. Mehr Sport, mehr körperliche Entspannung, mehr Ausgleich ungesunder Instinkte. Es scheint eine gesunde Theorie zu sein, aber die Praxis ist anders.

Die Ausbreitung des Sports ist kolossal. Und trotzdem wächst das Apachentum. Es besteht ein Zusammenhang zwischen beiden. Am letzten Sonntag wurde ein Fussballwettkampf um die deutsche Meisterschaft in Leipzig ausgetragen. Viele Hunderttausende haben zugehört, da mehrere Rundfunksender berichteten. Man hör-

te ein Gejohle, Gekreisch, Geschrei, wie von einer betrunkenen Menge, man hörte, dass hier nicht gesunde, sondern ungesunde Instinkte wüst hervorbrachen. Aus dem Ansager sprach das Entsetzen über das, was er sah und schildern sollte. Immer wiederholte er: Peinlich, peinlich - eine peinliche Angelegenheit. Warum so peinlich? Weil die beiden Mannschaften sich gegenüberstanden wie politische Apachen auf der Strasse. Nicht Sport, sondern Rekordwahn war dies, nicht die vielberufene Fairness, sondern der unfaire Aufeinanderprall feindlicher Gruppeninteressen. Jeder Angehörige eines Klubs sieht an solchen Rekordtagen im Angehörigen eines anderen Klubs den Feind, wobei Feind im Sinne jenes Urinstinktes zu verstehen ist, der jeden ausserhalb der Horde Stehenden für vogelfrei ansieht. Schlachtgeschrei gegeneinander, Schwenken der Klubfähnchen, Gebrüll und Gejohle, Remperei untereinander - es ist das ganz getreue Abbild dessen, was sich auf der Strasse abspielt, wenn Kommunisten und Hakenkreuzler aufeinanderprallen.

So lange diese Sitten den bürgerlichen Sport beherrschen, ist der Sport kein Gegenmittel, sondern die Erziehung zum politischen Rowdytum!

Immer noch Saboteure.

Das Verbot der Hitleruniform hat erkennen lassen, dass trotz aller Säuberungsarbeit in der preussischen inneren Verwaltung und Polizei immer noch sabotierende staatsfeindliche Elemente stecken. Namentlich aus Ostelbien hört man, dass mehrfach Landjäger und Polizei, anstatt das Verbot durchzuführen, seine Uebertretung durch Hakenkreuzler begünstigen. Ein besonders krasser Fall hat sich in Johannisburg (Ostpreussen) ereignet. Am 11. Juni durchquerten uniformierte Hakenkreuzler die Stadt im Auto, einige von ihnen bezogen in voller Hakenkreuzuniform die Jugendherberge der Stadt im Rathaus. Am 12. Juni folgte uniformiert ein weiterer Trupp, er zog durch die Strassen mit einer Klingel lärmend und dem Sorechchor ausrufend: "Achtung, heute abend grosse Vollversammlung, Juden werden rausgeschmissen". Die Polizeiverwaltung ist trotz Aufforderung, trotz Kenntnis des Verbots nicht eingeschritten. Wenn hier nicht fest zugefasst wird, wird sich bei den Saboteuren der Glaube festsetzen, dass die Autorität des Ministers nicht bis nach Ostpreussen reiche.

Seligsprechung mit 3 000 Kilowatt.

In Rom ist zu höherer Ehre des bayerischen Klerus der Bruder Konrad von Parzham als selig erklärt worden. Alles was Namen hat im bayerischen Klerus hat dem feierlichen Akte beigewohnt. Seligsprechung in unseren Zeiten - mutet das nicht etwas wie Mittelalter an? Bitte sehr, es ist eine ganz moderne, ja übermoderne Sache. Wer zweifelt, dem empfehlen wir die Lektüre des folgenden Berichtes im "Bayerischen Courier":

"Die gewaltige Peterskirche flammt auf in einem Lichtermeer von Kerzen und die silbernen Posaunen tönen, als wollten sie zum Weltgerichte rufen. Die neu eingerichtete elektrische Beleuchtung erhöht den bisher schon feenhaften Eindruck noch bedeutend. Rund 700 Leuchter und 14 000 elektrische Lampen dienen dazu, die architektonische Struktur der Kirche zu betonen. 300 Reflektoren erhellen die Räume. Insgesamt haben 3 000 Kilowatt ca. 300 000 Kerzen zu speisen, 80 Lautsprecher sind in der ganzen Kirche verteilt."

Da ist von Mittelalter keine Spur! Vor 3 000 Kilowatt und 300 000 Kerzen, muss selbst der Glanz der Himmel verblassen. Und der liebe Gott wird sich überlegen müssen, ob er nicht einige Elektriker bestellen soll, damit die Himmel konkurrenzfähig bleiben!

# Aus aller Welt

Paris gestern und heute.

~~~~~  
Dinge, von denen man am Seineufer spricht.

SPD. Für die romanischen Länder ist 1930 das Jahr der Jubiläen: Hundert Jahre Romantismus, hundert Jahre Algier, hundert Jahre Belgien, hundert Jahre Nähmaschine, Feier des hundertjährigen Todestages Simon Bolivars, des südamerikanischen Freiheitskämpfers und Staatengründers. Ein mindestens gleich bedeutungsvolles Fest bereitet das offizielle Frankreich und die Presse des Landes jetzt vor: die Feier des dreihundertjährigen Bestandes des französischen Zeitungswesens.

~~~~~  
Ein Journalist bekam ein Denkmal.

Vor der Polizeipräfektur auf der Seine-Insel steht das Denkmal eines Mannes in der Tracht Richelieus. Es ist der Doktor Theophraste Renaudot, der erste und einzige Journalist auf Gottes Erdboden, dem die Nachwelt eine Statue errichtete. Vor etwa dreihundert Jahren gab Renaudet in Paris die erste französische Zeitung, die "Gazette", heraus. Sie enthielt Nachrichten und Anzeigen, aber auch Feuilleton. In unterhaltendem Tone beschrieb Renaudet die Belagerung einer Stadt in Persien, die der Schah mit einem Heer von 50 000 Fusssoldaten und 15 000 Reitern umzingelt hatte. Ausserdem legte Renaudet die Richtlinien, die ihm bei der Herausgabe der "Gazette" zum Grundsatz dienen sollten, dem Publikum dar. "Ich beabsichtige," schrieb er, "dass die "Gazette" keine andere Leidenschaft haben soll, als die Leidenschaft der Wahrheit". Seinen zahlreichen Feinden erklärte er bei anderer Gelegenheit: "Denen, die sich darüber beschwerten, dass ich bisweilen von den Grossen im Lande nicht mit der nötigen Lobpreisung spräche, sei erwidert, dass das grösste Lob immer die reinste Wahrheit gewesen ist." Theophraste Renaudet war ursprünglich Arzt. Er praktizierte zehn Jahre lang und wandte sich dann plötzlich - man weiss nicht warum - dem Zeitungswesen zu. Er starb, wie fast alle Journalisten, obwohl er mächtige Gönner wie Ludwig XIII. und Richelieu besass, in ziemlicher Armut.

~~~~~  
Die blutige Woche.

Eine Hochflut von Verbrechen, Morden, Schreckenstaten hat Paris im Verlauf der letzten Woche erlebt.

In einer eleganten Bar im Vergnügungsteil Montmartre erschoss eine Frau, Jeanne Faure, ihren Freund mit dem Revolver. Motiv: Eifersucht. Voraussage: Freispruch, höchstens fünf Jahre Gefängnis.

Miguel Prada, ein Spanier, lebte mit der Stenotypistin Marie-Rose Bichain in unglücklicher Ehe. Täglich kam es zu brutalen Szenen; Miguel liebte auch andere Frauen. Drei Tage kommt letzthin der Mann nicht nach Hause. Als das Geld verjubelt war, kehrte er zurück. Marie-Rose liegt tot im Bett. Selbstmord. Das zweijährige Kind erwürgt. Miguel flieht. Man findet seine Leiche auf den Schienen einer Vorortbahn.

Thierrard, der Mörder im Prophetenbart, der seinen Freund erstach, wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Motiv: Eifersucht. Das Ende: Tod im Bagno.

Ein Mann hatte sich wegen Doppelmordes vor dem Schwurgericht zu verant-

worten: Maurice Clerge Dugillon. Er hatte seine beiden unmündigen Kinder getötet. Wrum? Weil er ihr Geschrei nicht hören konnte! Die Tat geschah im Alkoholausbruch. Urteil: sechs Jahre Zwangsarbeit. Guayna.....

Die Zahl der namenlosen Mörder, Messerstecher, Selbstmörder beläuft sich in dieser einen Woche auf siebzehn. Acht Algierer sind unter ihnen, die ihren Landsleuten die Kehle durchschnitten. Eine alltägliche Angelegenheit für die Pariser Vororte, besonders in den Fabrikgegenden im Norden und Westen, über die man in der Presse nicht viele Worte verliert. Drei Linien am Ende der Zeitung. Rubrik: "Verschiedene Dramen". Die übrigen Uebeltäter, fünf Mörder beziehungsweise Mörderinnen rekrutieren sich aus der "Pegre", der Unterwelt. Motive: Rache, Eifersucht. Ein Raubmord war nicht darunter. Der Rest: vier Selbstmörder beherbergt die Pariser Morgue, die nie leer wird. Blutige Woche in Paris.....

### Regenschirme, frisch geklebt !

Geld und Regenschirme haben etwas gemein miteinander: sie fehlen immer, wenn man sie braucht. Diese Tatsache brachte eine Schwindlerin auf einen genialen Trick. Sie ging von Haus zu Haus und bot ihre Dienste an, die schadhaften Regenschirme in einem Minimum von Zeit zu reparieren. Man war entzückt und natürlich mit allem einverstanden. Nach drei Stunden schon wurde das unentbehrliche Objekt zurückgebracht. Kleine Entschädigung, 2,3,4,5, oder gar zehn Franken, je nachdem. Das Geschäft blühte, die Leute waren zufrieden. Die Frau nahm Hunderte von Franken am Tage ein. Mit dem Gefühl völliger Sicherheit vertrauten sich die Besitzer, meist ohne den Schirm vorher genauer geprüft zu haben, dem launischen Frühlingswetter an. Ein tüchtiger Guss und ein Wasserfall schoss plötzlich über das Gesicht, über den neuen Hut. Die Löcher im Stoff waren von der Schwindlerin mit - schwarzem Papier-Heftpflaster von innen verklebt! Mehr als vierhundert Hereingefallene in allen Pariser Stadtteilen erstatteten Anzeige. Die Schwindlerin wurde bald gefasst, bestritt aber energisch sich strafbar gemacht zu haben. Die besten Juristen zerbrechen sich den Kopf: liegt Betrug vor oder nicht? Der Staatsanwalt, der Untersuchungsrichter verbringen schlaflose Nächte. Die Akten wurden auf zwei Lastwagen vor ihren Büros abgeladen.....

+ + +

### Der Völkerbund der Technik.

#### Köpfe von der Weltkraftkonferenz.

SPD. Im festlich geschmückten Saal der Berliner Kroll-Oper am Platz der Republik sind die Wissenschaftler aus 48 europäischen und aussereuropäischen Staaten zusammengekommen um die vielseitigen Probleme der Energieverteilung und -verwendung zu diskutieren. Sachverständige aus aller Welt werden ihr Material, das Ergebnis eingehender Studien und fachlicher Untersuchungen einem Gremium von Experten unterbreiten, die die Ergebnisse dieser Prüfung wiederum der ganzen Welt nutzbar machen wollen. Es ist eine Art technischer Völkerbund, der sich am Platz der Republik versammelt hat. Alle Sprachen sind vertreten, alle Völker haben ihre Vertreter geschickt, neben dem englischen Lord sitzt der indische Professor, neben dem Franzosen der deutsche Wissenschaftler, und wie ein Symbol dieser Verbrüderung der Sachlichkeit grüssen vom hohen Rang des schönen hellen Krollsaales die Banner von 48 Staaten.

### Das Panorama der Rassen.

Es ist wirklich Auslese, die sich bei Kroll zur Weltkraftkonferenz versammelt hat. Psychologische Studien der Temperamente kann man da ebenso machen,



wie interessante physiognomische Vergleiche zwischen den einzelnen, hier vertretenen Rassen ziehen. Aber wer sich auf rhetorische Genüsse gefasst macht, wird wenig auf seine Kosten kommen. Diese Männer der Forschung lieben keine Umschweife, sie reden kurz, bestimmt, hart und sachlich. Zahlen schwirren durch die Luft, komplizierte Vergleiche werden gezogen, Analysen angestellt und alles hört zu mit einer Spannung, wie sie dem gewandtesten Dialektiker sonst kaum zuteil wird.

#### Der verkannte Reichspräsident,

\*\*\*\*\*

Greifen wir aus der Fülle der markanten Erscheinungen, die diesen Kongress bevölkern, ein paar Menschen ganz verschiedener Art heraus. Jeder hat etwas Symptomatisches, etwas, was ihn mit unfehlbarer Sicherheit aus dem Kreis der andern heraushebt. Da sei zuerst Oskar von Miller genannt, der Direktor des Münchener Deutschen Museums, der Ehrenpräsident des Weltkraftkongresses. Der weisse Bart gibt Miller etwas Patriarchalisches und, wenn er durch den Saal schreitet, da und dort Hände schüttelt und mit fast jugendlichem Temperament mit den Delegierten irgend ein aktuelles Thema bespricht, so sieht er fast wie eine biblische Erscheinung im Meer der Moderne aus. Einem indischen Delegierten passierte ein kleines Missverständnis. Er hielt Herrn von Miller für den Reichspräsidenten Hindenburg und sprach ihn als solchen an, "Ein Irrtum, lieber Freund", soll der Münchener lächelnd geantwortet haben, "aber er ehrt mich - -" Höflichkeit ist eine Zierde im Verkehr der Völker untereinander,

#### Englisches Vollblut,

\*\*\*\*\*

Lord Derby, der geschäftsführende Präsident der Weltkraftkonferenz, sieht eigentlich nicht so aus, wie man sich einen smarten Engländer im allgemeinen vorzustellen pflegt. Er hat ein breites, beinahe etwas klobiges Gesicht, einen dichten Oberlippenbart, eine elastisch-energische Art, die den trainierten Vollblutzüchter verrät und breite einladende Gesten. Lord Derby ist Grundbesitzer und der bekannteste Pferdezüchter in ganz Grossbritannien. Alles in allem sieht er wie ein leise veredelter Ostelbier aus. Nur die Sprache verrät eine erhebliche Kultur, mit der ja im allgemeinen unsre Ostelbier nun gerade nicht aufzuwarten pflegen.

#### Insull, Edisons erster Mann.

\*\*\*\*\*

Samuel Insull, der engste Mitarbeiter Edisons, und Präsident der Edison-Gesellschaften, ein weisshaariger, etwas bedächtiger Mann mit einem gütigen Blick hinter einem scharfen Kneifer, der weniger wie ein Gelehrter als ein situierter Rentier aussieht. Wenn er spricht und dabei in einem leisen, etwas singenden Tonfall seine Sätze gleichsam streichelnd illustriert, könnte man ihn für einen leichtversonnenen Philosophen halten, der den Problemen des Tages mit Vorbedacht aus dem Wege geht. Nur wenn man auf seinen Freund und Arbeitsgefährten Edison zu sprechen kommt, wird er temperamentvoll. Dann bekommt das bedächtig-sinnende Auge einen enthusiastischen Zug, die Sprache wird schneller und energischer, man merkt, es geht nicht nur um Edison, es geht auch um seine Sache,

#### Albert Einstein,

\*\*\*\*\*

Höhepunkt der Veranstaltung: Professor Albert Einstein, der berühmte Physiker spricht. Ihm zuzuhören und ihn zu beobachten, wenn er, ganz ohne dialektische Floskeln, mit der Abgeklärtheit des reinen Wissenschaftlers sein Refe

rat über "Raum, Aether und Feld in der Physik" hält, ist ein Genuss. Der eindringlich und wuchtig gemeisselte Kopf mit dem schütterten Haar, das die fein modellierte Stirn frei gibt, ist ein wenig nach vorn gebeugt, die schmalen, blutvollen Hände streicheln über das Manuskript, die hellen schimmernden Augen auf den Pultdeckel gerichtet, während eine sanfte, gut akzentuierte Stimme mathematisch-physikalische Details behandelt. Dieser grosse Gelehrte ist kein Poseur, es fehlt ihm jede landläufige Art, sich krampfhaft Geltung zu verschaffen. Die sympatische Bescheidenheit, ja, fast Schüchternheit des Mannes, dem der Schreibtisch die Welt bedeutet. Während seines grossen Vortrags steht er, bestimmt gegen seinen Geschmack, stets im Scheinwerferlicht der knipshungrigen Photographen, bis schliesslich ein Proteststurm der Versammlung dieses Lebenslicht der Kamera ausbläst.

Herr Li spricht deutsch.

\*\*\*\*\*

Aus der vollendeten deutschen Sprache Dr. Li's aus Nanhing sind drei Worte besonders perfekt - sofort erklärt er nämlich im besten Berlinisch, dass er sich in Deutschland "wie bei Muttern" fühle. "Ich will", teilt er mit, "nachdem ich das neue China auf der Weltkraftkonferenz vertreten habe, anschliessend auf mehreren Reisen durch Deutschland die Arbeitsbedingungen in der Brennstoffwirtschaft, in der Textil-, der Kunstseidenindustrie und in der Landwirtschaft kennen lernen. Denn ich habe gesehen, dass der Wille, vorwärtszukommen, heute von viel grösserem Erfolg begleitet ist, als bei meinem letzten Besuch vor dem Krieg. Ich habe mir einen deutschen Vornamen zugelegt, denn ich liebe Deutschland - ich habe hier schon als junger Student viel gelernt, was mir später mehr genützt hat, als manches andere Wissen, und deshalb trete ich auch in meiner Heimat besonders tatkräftig dafür ein, dass chinesische Studenten anstatt in Amerika, in Deutschland die Hochschulen besuchen - und vor allem: die deutsche Arbeiterbewegung kennen lernen!" Wenn Dr. Li am Ende des Interviews versichert, dass er im Ausbau solcher Beziehungen grosse Vorteile für China sieht, so war das weit mehr als - chinesische Höflichkeit! Der "Ferne Osten" ist nicht mehr fern!

Die Männer der Regierung.

\*\*\*\*\*

Herr Brüning, des Reiches Bürgerblockkanzler, spricht. Bedächtig, etwas verkniffen, intelligent, liebenswürdig und unverbindlich. Bei diesem Redner wird man nicht warm, alles was er sagt und wie er es sagt, ist offiziös, kühl, distanciert. Dabei spart er nicht mit Anerkennung, macht Komplimente, über sich in Honneurs. Was man vermisst, ist eine gewisse Dosis natürlich-zugreifender Menschlichkeit. Einen Satz muss man festhalten, weil er ganz nüchtern den Wert und die Aufgaben der Weltkraftkonferenz umreisst: "Die Fortschritte Ihrer Arbeit zeigen der Volkswirtschaft und dem Staatsmanne Wege zur Senkung der Produktionskosten."

Aussenminister Curtius ist der vollkommene Gegensatz zum schweigsam-berechnenden, asketischen Kanzler Brüning. Weltmännisch, elegant, liebenswürdig, eine Hand leger in der Hosentasche, mit der andern muntere Kreise beschreibend so steht er vor den Weltkraftleuten und spricht zu ihnen. Ein gut aussehender Kopf, sozusagen letzter Schrei der Gesellschaft, mit intelligenten, ein wenig ironischen Augen und einer gewissen Ueberlegenheit der Manieren, die ein hervorstehernder Zug des Aussenministers ist. Herr Curtius ist vielleicht auf die Formel: "Kosmopolit mit industriellen Komplexen" zu bringen. Jedenfalls macht er Figur, die Wissenschaftler hören ihm mit sichtlichem Wohlgefallen zu.

+

Diese 3 000 Männer, die im Krollsaal zusammen sitzen und über die Energien beraten, die unsere Wirtschaft und unsern Alltag vorwärtstreiben, sind die

Feldherrn unserer Tage. Keine Feldherren mit Tressen, Orden und Schleppsäbel, sondern Männer der Idee, die mit der Praxis Hand in Hand arbeiten. Ihre Arbeit ist Fortschritt, nicht Zerstörung, Entwicklung, nicht Rückschritt. Das ist der tiefere Sinn des Weltkraftkongresses.

K.K.B.

+ + +  
50 000 Kubikmeter Holz verbrannt! Auf dem grossen Holzstapelplatz der Vereinigten Kattowitzer Holzindustrie in dem polnischen Ort Pawonkau (Kreis Lublinitz), brach ein Grossfeuer aus. Trotz angestrengtester Löschversuche zahlreicher Züge der Feuerwehr und trotz intensivster Arbeit eines grösseren Militäraufgebots verbrannten etwa 50 000 Kubikmeter Holz. Man schätzt, dass sich der angerichtete Schaden auf 4 Millionen Zloty beläuft.

+ + +  
Doppelmord eines Geisteskranken. Im Anfall einer Geistesstörung forderte ein Landwirt in Brive la Gaillard (Frankreich) seine beiden Töchter auf, ihm in die Scheune zu folgen, wo er sie zu Boden schlug und erdrosselte. Nach vollbrachter Untat nahm sich der Geisteskranke durch einen Revolverschuss das Leben.

+ + +  
Torpedoflugzeuge in USA. Das amerikanische Marinedepartment hat eine Bestellung auf 322 Flugzeuge aufgegeben, die sämtlich mit Torpedos ausgerüstet sein sollen. Nach vorläufiger Schätzung kosten die 322 Maschinen 800 000 Dollar

+ + +  
Frau Neumann ausser Verfolgung! Gemäss dem Antrage der Staatsanwaltschaft hat die Strafkammer beim Landgericht Breslau beschlossen, die Wirtschafterin des ermordeten Professor Rosen, des Bruders des früheren deutschen Aussenministers, ausser Verfolgung zu setzen. Der Beschluss ist darauf zurückzuführen, dass Gerichtsarzt Professor Dr. Reuter ein Gutachten abgegeben hat, demzufolge die Zurechnungsfähigkeit der Frau Neumann zur Zeit der Tat "nicht nachweisbar" sei. Es ist demnach nicht mehr anzunehmen, dass die Mordtat an Professor Rosen jemals noch wird aufgeklärt werden.

+ + +  
Entscheidung im Loeske-Streit. Im Streit um das riesige Millionenerbe des verstorbenen Berliner Juweliers Loeske wurde am Dienstag die Klage der nichtbedachten Verwandten, die bisher behauptet hatten, dass das Testament Loeskes gefälscht sei, abgewiesen. Die Kosten fallen den Klägern zur Last. In der Begründung des Urteils heisst es, dass das Gericht aus sachlichen Gründen zur Abweisung gekommen sei. Die beklagte Partei habe beweisen können, dass Loeske am fraglichen 2. August 1929 sein Testament allein geschrieben habe. Es sei ferner der Beweis dafür erbracht worden, dass das vorliegende Testament Loeskes das echte sei. Das Millionenvermögen des toten Juweliers fällt nunmehr seinem engsten Mitarbeiter und seiner ehemaligen Freundin zu.

+ + +  
Irrentragödie in der Badewanne. In der Preussischen Landesirrenanstalt Teupitz in der Mark ist die 19 jährige Patientin Klara Wand, ein leicht geisteskrankes Mädchen, mitten in der Nacht aus ihrem Bett geholt und in die Badewanne gesteckt worden. Die Pflegerin liess kochend heisses Wasser in die Wanne fliesen, ohne sich dann weiter um die Kranke zu kümmern. Als die Pflegerin nach einiger Zeit ins Badezimmer zurückkam, war das junge Mädchen furchtbar verbrüht und vor Schmerz fast besinnungslos. Eine Nacht später starb Klara Wand. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

+ + +  
Das 40. Calmetteopfer. In Lübeck ist das 40. Calmetteopfer zu beklagen. Professor Calmette selbst hat nunmehr in einem Schreiben an Professor Lange vom Reichsgesundheitsamt zum Ausdruck gebracht, dass er davon überzeugt sei, dass in Lübeck ein fürchterlicher Irrtum begangen worden wäre, und die ursprüngliche BCG-Kultur durch Unachtsamkeit mit einer Kultur menschlicher Tuberkelbazillen verwechselt worden wäre.



## Sklaverei und kein Ende.

SPD. Die Zwangsarbeitsdebatte auf der Genfer Internationalen Arbeitskonferenz macht einen wenig erfreulichen Eindruck. Wenn es nach den Wünschen der Kolonialimperialisten gegangen wäre, dann hätte allerdings in Genf nicht einmal eine Debatte stattfinden können. Dabei zeigen die Kämpfe in Indien, die Unruhen in Indochina und die Enthüllungen Vanderveldes im belgischen Parlament über die furchtbare Lage der Eingeborenen in Belgisch-Kongo, die der Zwangsarbeit unterworfen sind und eine Sterblichkeit von nahezu 20% aufweisen im Augenblick wirklich zur Genüge, dass die kolonialimperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Völker immer mehr den Frieden bedrohen.

Das Genfer Arbeitsamt hatte nach der ersten Beratung der Zwangsarbeitsfrage einen Konventionsentwurf ausgearbeitet, der nach einem dreijährigen Übergangszustand die völlige Beseitigung der Zwangsarbeit zu Gunsten von Privatunternehmungen vorsieht, d.h. eine nur unvollkommene Durchführungsverordnung zur Völkerbundskonvention gegen die Sklaverei. Im Prinzip besteht in Genf Einmütigkeit. Jedenfalls hat bisher sich niemand offen als Gegner der Beseitigung der Zwangsarbeit bekannt. Aber das will nicht viel bedeuten. Die Hauptschwierigkeit liegt in der Durchführung und in der Kontrolle der Ausführung der Konvention. Vor allem handelt es sich darum, die verschleierte Formen der Zwangsarbeit, auf die der Brüsseler Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale hinwies, insbesondere die Arbeitsverträge mit langer Geltungsdauer, sowie die strafgesetzliche Verfolgung des Bruchs von Arbeitsverträgen zu beseitigen. Ferner wäre dafür zu sorgen, dass auch die Zwangsarbeit, die im öffentlichen Interesse vorgenommen wird, unbedingt einer Kontrolle unterliegt. und allmählich verschwindet.

Es geht, wie man sieht, um Fragen, die an die Grundlagen des Kolonialimperialismus rühren und bei denen zugleich Lebensinteressen der europäischen Arbeiterschaft mit auf dem Spiel stehen. Je tiefer der Lebensstandard des Kolonialkulis, desto tiefer liegt die gesamte Lohnpyramide. Der Tageslohn eines indo-chinesischen Kulis beträgt 19 Pfennig. Der Fabrikarbeiter in Indochina verdient nach dem Bericht des "Petit Parisien" 1,25 Franken pro Tag. Davon muß dem Arbeitsvermittler eine Abgabe geleistet werden. Dazu kommen die Kosten für die tägliche Reisportion, die bei äußerster Sparsamkeit 0,75 Franken betragen. Es bleiben also dem Arbeiter noch 35 - 40 Centimes für Wohnung, Kleidung und sonstige Ausgaben.

Wenn man einen Sumpf austrocknen will, muss man auf den Grund gehen. Die Beseitigung der Zwangsarbeit ist ein Stück der Befreiung des farbigen Arbeiters überhaupt. Ohne Solidarität zwischen der weissen und farbigen Arbeiterschaft gibt es für die Weltarbeiterschaft keinen Aufstieg.

SPD. Auf dem Berliner Verbandstag der Musiker wurde am Dienstag zur Bekämpfung der katastrophalen Arbeitslosigkeit im Musikerberuf eine Entschliessung angenommen, die folgende Forderungen enthält: Untersagung, mindestens aber stärkste Einschränkung der ausserdienstlichen Musiktätigkeit der Reichswehrmusiker, Verbot oder weitere Einschränkung des nebenamtlichen Musizierens der Beamten, Einführung des Meldezwangs für alle freiwerdenden Stellen im Musikerberuf, Beseitigung oder weiteste Einschränkung der musikalischen Schwarzarbeit durch entsprechende Ausgestaltung des Arbeitsschutzgesetzes oder Erweiterung der geltenden Arbeitszeitnotverordnung, weiteste Beschränkung der Einreise- und Arbeitsgenehmigung für ausländische Kapellen und Musiker, Nutzbarmachung der Gewinne aus der mechanisierten Musik für die geschädigten Berufsmusiker, Konzessionierung der Kinobetriebe, volle Anwendung der Sozialgesetzgebung auf die Berufsmusiker, Beseitigung der unzulänglichen Musikerbildungsstätten durch Abänderung der Gewerbeordnung oder Unterstellung des Musikerbildungswesens unter die Aufsicht der Schulbehörden.

In der Begründung dieser Entschliessung wies der stellvertretende Verbandsvorsitzende Prietzal darauf hin, dass in vielen Städten die Mitglieder hervorragender Kulturorchester lediglich gekündigt worden seien, um ihre Anstellungsbedingungen und -bezüge zu verschlechtern. Die Theaterkrise bleibe natürlich auch für die Theatermusiker nicht ohne Folgen. Das Vorgehen der Stadt Osnabrück, wo man durch intensive Werbung ständiger Theaterabonnenten für die kommende Spielzeit ein volles Haus gesichert habe, zeige, dass man der Theaterkrise besser von der Einnahmen- als von der Ausgabenseite beikommen könne. Der Tonfilm habe 50 bis 60% der Kinomusiker brotlos gemacht. Es sei jedoch damit zu rechnen, dass der Tonfilm und auch die geplante Einführung der Tonfilmoper in Deutschland ebenso Schiffbruch erleiden wie in Amerika und England. Teilweise werde schon jetzt von dem Publikum nach kurzer Zeit der Begeisterung für den Tonfilm wieder der stumme Film mit lebender Musik verlangt.

SPD. Der Deutsche Textilarbeiter-Verband erfreut sich einer starken Stabilität seiner Mitgliedschaft. Den besten Beweis dafür gibt der soeben auf dem Stuttgarter Verbandstag von Schöllner-Berlin erstattete Kassenbericht. Die Beitragsleistung ist um ein Bedeutendes gestiegen. Nur infolge der gesteigerten Beitragsleistungen waren die grossen Ausgaben denkbar, die der Verband vor allem infolge der Arbeitslosigkeit zu machen gezwungen war. Nie vorher war es möglich, derartige Riesensummen für Streik und sonstige Unterstützungen auszugeben. Ein Zeichen, dass das innere Leben der Organisation gesund ist.

Die Entwicklung der Tarife und Löhne in der Textilindustrie behandelte das Vorstandsmitglied Feinhals-Berlin. Er ging aus von dem Vorwurf der Kommunisten, dass der Verband den Boden des Klassenkampfes verlassen habe, und zeigte an den Kämpfen der letzten drei Jahre, wie wenig begründet dieser Vorwurf ist. Der Verband führte in der Berichtsperiode 137 Angriffstreiks mit 151 447 Beteiligten durch. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 3 087 520. Abwehrstreiks wurden 49 mit 11 869 Beteiligten geführt. 101 509 Arbeitstage gingen dadurch verloren. Aussperrungen waren 42 mit 105 270 Beteiligten zu verzeichnen. Durch die Aussperrungen gingen 2 974 538 Arbeitstage verloren. Das Gesamtergebnis war: 228 Streiks und Aussperrungen mit 268 343 Beteiligten und 6 133 462 verlorenen Arbeitstagen. Angesichts dieser Ergebnisse könne nur ein Demagoge davon reden, dass der Textilarbeiterverband keine Kampforganisation sei. Feinhals gab ferner Erhebungen bekannt, die mit erdrückender Deutlichkeit zeigen, wie niedrig die Löhne der Textilarbeiter sind. Der Durchschnittslohnsatz betrage bei Männern 80 und bei Frauen 65 Pfennige die Stunde. Der Textilarbeiterverband habe sich in einer schwierigen Zeit durchzusetzen gewusst und werde es auch in Zukunft tun.

Das Vorstandsmitglied Lang-Berlin sprach über Betriebsräte, Rechtsschutz



und Statistik. Mit durchschlagenden Beweisen führte er den Delegierten die Notwendigkeit der statistischen Durchleuchtung des Verbandsapparates und Lieferung von statistischem Material an die Funktionäre vor Augen. Die Kurse für Betriebsräte und Arbeitsgerichtsbeisitzer seien von sehr grossem Erfolge gewesen.

Den Höhepunkt des zweiten Verhandlungstages bildete die Rede der Leiterin des Arbeiterinnensekretariats des Verbandes, Else Niewiera. Sie sprach über Sozialpolitik, Arbeiterin und Jugendbewegung. Aus ihren Darlegungen ging hervor, dass sich das Sekretariat nicht ohne Erfolg bemüht hat, Ausnahmebestimmungen zu Ungunsten der Frauen in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenunterstützung zu beseitigen. Der Verband hat sich neuerdings sehr energisch für die volle Aufrechterhaltung des Unterstützungsanspruchs für die Ehefrau eingesetzt. Bei dem Wöchnerinnenschutz, betonte Niewiera, wurde versucht, die Mängel in den geltenden Gesetzen zu beseitigen. Der Verband verlange für die Textilarbeiterinnen 6 Wochen Ruhezeit vor der Niederkunft mit vollem Lohnanspruch und 12 Wochen Ruhezeit nach der Niederkunft mit 75% des Lohnes. Die in der Textilindustrie beschäftigten Jugendlichen unter 20 Jahren seien zu 2/3 weiblichen Geschlechts. Um die Schulung der Funktionärinnen seien grosse Anstrengungen gemacht worden. Die Jugendorganisation habe Fortschritte gemacht, die Zahl der jugendlichen Mitglieder sei 1929 auf 37 000 angewachsen, und die Jugendzeitschrift habe eine Auflage von 25 000 Exemplaren.

---

SPD. Das erste Reichsjugendtreffen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, das in Stuttgart vor dem Beginn des Verbandstages stattfand, wurde für Tausende von Jungtextilarbeitern zu einem packenden unvergesslichen Erlebnis. Erhebend war der Anblick des sich von den Höhen zu der im Tal liegenden Stadt bewegenden Fackelzuges, der unterwegs von der auf den Bürgersteigen Spalier bildenden Arbeiterschaft Stuttgarts freudig begrüsst wurde. Tom Shaw-England, der Sekretär der Textilarbeiter-Internationale begrüsst die Textilarbeiterjugend bei ihrer grossen Kundgebung. Er betonte, dass er als Kriegsminister die Disziplin besonders zu schätzen wisse. Vor allem freue ihn aber die Disziplin der Massen im Kampf gegen den "Krieg, den wir alle, die wir mit der Arbeiterbewegung verbunden sind, führen." - die Disziplin und Festigkeit auch gegenüber den Verführungs- und Verwirrungsphrasen Moskaus. Schrader vom Verbandsvorstand hob die Arbeit der freien Gewerkschaften auf dem Gebiet des Jugendschutzes hervor, und ermahnte die Jugend, von dem Opfermut der älteren Generationen zu lernen und im Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft nicht zu erlahmen.

Nach Schluss der Kundgebung versuchte ein von den Kommunisten aufgeputzter "Ender" deren Tiraden an den Mann zu bringen. Als die Polizei erschien, gaben die KrakeelerFersengeld.

---

SPD. Zwischen der britischen Regierung und den Gewerkschaften haben Besprechungen über die Beseitigung des im Jahre 1927 von den Konservativen im Unterhaus durchgesetzten Antigewerkschaftsgesetzes stattgefunden. Ob die Arbeiterregierung sich für die Aufhebung dieses der britischen Gewerkschaftsentwicklung recht schädlichen Gesetzes einsetzen kann, ist im Augenblick noch zweifelhaft. Die Arbeiterpartei ist im Unterhaus in der Minderheit; es ist sehr fraglich, ob sich die bürgerliche Mehrheit mit einer Aufhebung des Antigewerkschaftsgesetzes abfindet.

---



## Irreführung über Preissenkungen.

SPD. Die sozialdemokratische Kritik, dass die Senkung der Eisenpreise unzureichend und die Lohnsenkung sowohl überflüssig als schädlich ist, hat zu einem Wettlauf der der Schwerindustrie nahestehenden Presse geführt, die Eisenpreissenkung als ausreichend und die Lohnsenkung noch übertreffend nachzuweisen. Besonders ist die "Deutsche Allgemeine Zeitung" um diesen Nachweis bemüht, die sich sogar über die sozialistische Kritik glaubt lustig machen zu dürfen. Natürlich schießt bei der DAZ auch die Scharfmacherei ins Kraut, und es wird ganz offen gefordert, dass auch im übrigen Deutschland die Lohnsenkungen durchgeführt werden müssen, weil sonst die Preiserhöhungen beispielsweise von "der mitteldeutschen und oberschlesischen Schwerindustrie" nicht getragen werden können! Diesen Herrschaften kann ziffernmässig nachgewiesen werden, dass sie die Öffentlichkeit irreführen.

Es wird viel zu wenig beachtet, dass die letzten Eisenpreissenkungen bei weitem nicht die gesamte deutsche Produktion und auch nicht den gesamten Absatz der deutschen Schwerindustrie betreffen, sondern kaum mehr als die Hälfte von Produktion und Absatz. Ein Drittel des Gesamtabsatzes der Eisenverbände entfällt nämlich auf die reine Ausfuhr, für die Preissenkungen überhaupt nicht stattfinden. 15 bis 20% des Gesamtabsatzes sind dem Export der Eisenverarbeiter zuzurechnen, die bekanntlich die Avirückvergütung erhalten. Es ist mit aller Sicherheit zu erwarten, dass die Rückvergütungssätze um ebenso gekürzt werden - bei der Neufestsetzung für den Monat Juli - als jetzt Preissenkungen vorgenommen worden sind. Damit fällt auch das von den Weiterverarbeitern exportierte Eisen nicht unter die Eisenpreiserhöhung. Damit gilt die Senkung der Eisenpreise höchstens für rund 50% des Absatzes der Eisenverbände. Nimmt man die durchschnittliche Eisenpreissenkung auf 3% an, so beträgt die tatsächliche Preissenkung auf den Gesamtabsatz, d.h. die tatsächliche Kürzung der Erlöse nur 1½%. Legt man 20% Lohnanteil zugrunde, so bedeuten diese 1½% Preissenkung bei einer Lohnkürzung um 7½% nur ganz genau so viel wie die ersparte Lohnsumme! Es ist also wahr, von einem Preisopfer der Eisenindustrie kann überhaupt keine Rede sein. Herr Stegerwald und die Öffentlichkeit werden hinters Licht geführt.

Aber die Dinge liegen noch viel ärger, wenn man etwas genauer zusieht, was beispielsweise die Eisenindustrie schon durch die Senkung der Schrottpreise erspart hat. Man wird den gesamten Schrottbedarf, den die deutsche Eisenindustrie jährlich zukaufen muss, auf 3 bis 3½ Millionen Tonnen schätzen dürfen. Gegen 1928 ist der Schrottpreis je Tonne um nicht weniger als 15 Mark gefallen. Allein an der Schrottversorgung erspart die deutsche Eisenindustrie bei normalem Geschäft 45 bis 52 Millionen Mark. Rechnet man 25% Produktionseinschränkung für den jetzigen Augenblick, so bedeutet bei einer Jahreserzeugung von 10 Millionen Tonnen Walzwerksprodukten die Erlössenkung bei einer Preissenkung von 4 Mark je Tonne 40 Millionen Mark. Daraus ergibt sich, dass die gesamte jetzt vorgenommene Preissenkung bei der deutschen Eisenindustrie bereits schon durch die Verbilligung der Schrottpreise mehr als aufgewogen ist! Es zeigt sich die unerhörte, den Dilettantismus des Stegerwaldschen Schiedsspruchs blitzlichtartig beleuchtende Tatsache, dass die Eisenindustrie die Lohnsenkung auf Grund des Schiedsspruchs von Oeynhausen überhaupt nicht nötig gehabt hätte, um

die Preissenkung in dem geschehenen Ausmass zu ermöglichen und dass die vorgenommene Lohnsenkung als reines Geschenk an die Schwerindustrie angesehen werden muss. Diese Feststellungen können durch den Einwand nicht erschüttert werden, dass etwa die fixen Kosten der Eisenindustrie bei um 25% gesenkter Produktion die Eisenindustrie stärker belasten und auch nicht durch den anderen Einwand, dass die Eisenindustrie auf dem Weltmarkt durch weiteres Absinken der Weltmarktpreise Exportverluste erleidet. Diese Dinge, die gar nicht bestritten zu werden brauchen, sind Folgen der Konjunktur und haben mit der Tatsache nichts zu tun, dass die Oeffentlichkeit über die inneren Zusammenhänge und das Ausmass der Preissenkungen getäuscht wird.

Auch wenn man noch eine dritte Rechnung aufmacht, nämlich die Summen der im Inland tatsächlich eintretenden Erlösverluste den Summen der angestrebten Lohnersparnissen gegenüberstellt, dann ergibt sich eine Preissenkung im Ausmass von 19 bis 20 Millionen, die einer von der Schwerindustrie selbst festgestellten Lohnersparnis von rund 22 Millionen gegenüberstehen!

Diese hier erstmalig festgestellten Tatsachen machen die sogenannte Eisenpreissenkung in ihrer Verbindung mit der Lohnsenkung zu einem Skandal der Wirtschafts- und Schlichtungspolitik. Herr Stegerwald hat sich vorbehalten, die Auswirkungen des Schiedsspruches im einzelnen zu prüfen. Der Reichswirtschaftsminister ist verpflichtet, von amtswegen auf angemessene Eisenpreise zu sorgen. Die hier aufgedeckten Tatbestände rechtfertigen die Erwartung, dass die beiden verantwortlichen Minister die von uns festgestellten Tatbestände untersuchen, die Oeffentlichkeit über das Ergebnis der Untersuchungen unterrichten und die Eisenverbände zu neuen Preissenkungen veranlassen, die der Konjunkturlage und dem Sinne des Oeynhausener Schiedsspruchs entsprechen.

SPD. Die Deutsche Reichsbank wird sehr bald ihren Diskont weiter herabsetzen müssen. Nach dem Ausweis vom 14. Juni sind nur noch Wechselbestände von 1544 Millionen vorhanden. Die Banken haben so wenig Kredite gebraucht, dass zu Mitte Juni die Lombarddarlehen sogar noch um 12 auf 55 Millionen abgenommen haben, was zur Monatsmitte schon seit mehr als 3 Jahren nicht mehr der Fall war. Die Goldbestände bleiben mit 2 619 Millionen zwar fast unverändert, dafür sind aber die Bestände an deckungsfähigen Devisen wieder um 42 auf 422 Millionen gestiegen. Die 4 279 Millionen umlaufenden Noten sind durch Gold mit über 50% und durch Gold und Devisen zusammen mit rund 75% überdeckt. Der sogenannte Privatdiskont, der Preis für Wechsel zwischen ersten Bank- und Industriefirmen, ist am Montag von 3 5/8 auf 3 1/2 weiter gesunken. Die Reichsbank wird nicht anders können, als spätestens in der nächsten Woche den Diskontsatz auf 4% herabzusetzen. Für die Besserung der Wirtschaftsverhältnisse ist das zwar noch kein Beweis, aber doch eine neue günstige Voraussetzung.

SPD. An der New Yorker Börse erfolgten am Montag und Dienstag wieder sehr schwere Kurseinbrüche. Die führenden Eisenbahnaktien haben den tiefsten Stand vom Oktoberkrach 1929 noch unterschritten. Das gleiche gilt für die Kupferaktien. Die Stahl-, Auto- und Radioaktien haben den Katastrophenstand vom vorigen Oktober bald erreicht, die Chemieaktien sind ihm sehr nahe gekommen. Ueber die Ursachen streitet man sich noch. Die starken Aktienverkäufe scheinen aber mit dem immer stärker wachsenden Pessimismus über die schwere amerikanische Wirtschaftskrise zusammen zu hängen und haben einen besonderen Antrieb durch Hoovers Unterzeichnung der Schutzzollnovelle erfahren, von der man eine weitere Verschlechterung der amerikanischen Wirtschaftslage erwartet. Die Folge des Börsenkrachs war zunächst ein weiterer Sturz der Warenpreise. Man erwartet in Amerika, dass diesem neuen Sturz der Warenpreise eine Forcierung des amerikanischen Exports folgen wird. Es ist Zeit für Deutschland, durch

Preissenkungen im eigenen Lande sich für die zweifellos verstärkte Konkurrenz auf dem Weltmarkt bereit zu halten und stark zu machen,

SPD. Die Stettiner Schamottefabrik A.G. vorm. Didier, die bei einem Stammkapital von 18 Millionen 1600 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, verteilt aus einem mit 1,09 Millionen gegen das Vorjahr kaum veränderten Reingewinn eine Dividende von 5%. Die Genussscheinaktionäre erhalten aus einer Amerika freigabe ein besonderes Geschenk von 50 Mark je Gutschein, was einer Sonderauschüttung von rund 2,15 Millionen Mark entspricht.

SPD. Die Julius Pintsch A.G. Berlin kann für 1929, obwohl nur 3/4 der Leistungsfähigkeit ausgenutzt wurden, ihre Dividende auf das 9 Millionen-Mark-Kapital noch von 10 auf 12% erhöhen. Der Reingewinn ist von 0,96 auf 1,17 Millionen Mark gestiegen. Bei nur 75%iger Ausnutzung eine Dividendenerhöhung von 10 auf 12%; das ist ein neuer Beweis für die ausserordentlich grossen Rationalisierungsreserven, die in der deutschen Industrie vorhanden sind.

#### Rauhfuttermotierungen,

( Berlin, 17. Juni )

|                                                  |     |                |
|--------------------------------------------------|-----|----------------|
| Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)..... | RM. | 1,00 - 1,15    |
| " Weizenstroh "                                  | "   | 0,85 - 1,05    |
| " Haferstroh "                                   | "   | 0,60 - 0,70    |
| " Gerstenstroh "                                 | "   | 0,60 - 0,70    |
| Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt..... | "   | 0,85 - 1,05    |
| Bindfadengepresstes Roggenstroh                  | "   | 0,75 - 0,90    |
| " Weizenstroh                                    | "   | 0,65 - 0,75    |
| Häcksel (Tendenz ruhig)                          | "   | 1,55 - 1,70    |
| Handelsübliches Heu, gesund und trocken (neu)    | "   | 1,50 - 1,70    |
| Gutes Heu, gesund und trocken                    | "   | 1,90 - 2,20    |
| Luzerne, lose                                    | "   | 2,65 - 2,90    |
| Thymothee, lose                                  | "   | 2,40 - 2,60    |
| Kleeheu, lose                                    | "   | 2,30 - 2,50    |
| Mielitz-Heu, lose, rein                          | "   | -              |
| " " " (Warthe)                                   | "   | -              |
| " " " (Havel)                                    | "   | -              |
| Drahtgepresstes Heu (Tendenz abwartend)          | "   | 40 über Notiz. |

#### Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 17. Juni: I. 132 Mark, II. 122 Mark, III. 106 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

## Fest für Roggen und Hafer.

( Berliner Getreidebörse vom 17. Juni )

SPD. Ungeachtet der überaus flauen Meldungen aus Amerika hatte die Berliner Produktenbörse am Dienstag im wesentlichen feste Tendenz zu verzeichnen. Namentlich galt dies für Roggen und Hafer. Roggen aus neuer Ernte war wegen der herrschenden Dürre nur wenig und zu unveränderten Preisen angeboten. Alter Roggen war weiter in überreichlichen Mengen am Markte und wurde nur zum Teil von den Stützungsstellen aufgenommen. Auch Hafer hatte sehr feste Tendenz zu verzeichnen, da über die Entwicklung der Ernte bedenkliche Meldungen vorlagen. Die Preise waren stark in die Höhe gegangen und wurden nur zögernd bewilligt. Lediglich für Weizen herrschte schwächere Stimmung. Das Angebot an alter Ware war nicht grösser geworden, wurde aber nur zögernd angenommen. Vielfach zeigten die Eigner bei ihren Forderungen Entgegenkommen. Auch Weizen aus neuer Ernte hatte kleines Geschäft, wobei die Preise erheblich nachgaben. Auch am Markte der Zeitgeschäfte war Weizen schwächer veranlagt, während Roggen festere Tendenz zeigte. Am Mehlmarkt hatte sich nichts geändert, es fand sehr kleines Geschäft statt. Die Forderungen lauteten unverändert, jedoch zeigten sich die Mühlen entgegenkommend.

|                              | <u>16. Juni</u>                | <u>17. Juni</u> |
|------------------------------|--------------------------------|-----------------|
|                              | (ab märkische Station in Mark) |                 |
| Weizen                       | -                              | -               |
| Roggen                       | 172 - 177                      | 172 - 177       |
| Braugerste                   | -                              | -               |
| Futter- und Industriergerste | 167 - 182                      | 167 - 182       |
| Hafer                        | 149 - 162                      | 151 - 164       |
| loco Mais Berlin             | -                              | -               |
| Weizenmehl                   | 34,25 - 42,50                  | 34,00 - 42,25   |
| Roggenmehl                   | 21,10 - 24,25                  | 21,10 - 24,25   |
| Weizenkleie                  | 7,75 - 8,25                    | 7,60 - 8,10     |
| Roggenkleie                  | 7,75 - 8,00                    | 7,75 - 8,00     |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 298½-299, September 261, Oktober 261½. Roggen Juli 174-173½, September 177-176½, Oktober 179½-178½, Hafer Juli 169-171, September 175-174.

## Berliner Viehmarkt.

( 17. Juni )

SPD. Die Nachfrage auf dem Berliner Dienstag-Markt war relativ gering, der Auftrieb verhältnismässig gross, sodass Preisrückgänge eintraten. Auf dem Rindermarkt war reichlicher Auftrieb, das Geschäft war langsam, die Preise gingen verhältnismässig stark zurück. Noch stärker war der Preisrückgang auf dem Kälbermarkt, wo die Nachfrage 3 - 4 Pfg. je Pfund weniger anbot. Auf dem Schweinemarkt sanken die Preise etwas weniger stark, die Nachfrage wurde voll befriedigt.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:  
Kühe: a) 45-48 (voriger Markt 48-51), b) 38-44 (40-46), c) 32-36 (33-38), d) 25-30 (27-32), Kälber: a) - (-), b) 68-75 (75-80), c) 60-70 (68-75), d) 50-58 (53-65), Schweine: a) (über 300 Pfund) 56-58 (59-61), b) (240-300 Pfd.) 56-59 (60-62), c) (200-240 Pfd.) 57-61 (61-63), d) (160-200 Pfd.) 59-61 (61-63), e) (120-160 Pfd.) 59-60 (60-62), f) (unter 120 Pfd. - (-), g) (Sauen) 51 (53).



# Deutscher Reichstag

177. Sitzung vom 17. Juni, 12 Uhr.

SPD. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Kardorff (D.Vp.) beschäftigt sich mit dem Problem der Überfüllung der Universitäten. Es sei jetzt so weit, dass im Jahre 1934 mit 324 000 stellenlosen Akademikern zu rechnen sei. Darin liege die Gefahr, dass ein akademisches Proletariat entsteht, das die Reihen der radikalen Gruppen rechts und links verstärken würde. Angesichts dieser Gefahr müsse geprüft werden, ob man nicht durch eine Verschärfung der Abgangsprüfung oder durch die Einführung einer besonderen Aufnahmeprüfung den Zugang zu den Universitäten erschweren sollte. Im Konflikt mit Thüringen billige die Volkspartei durchaus das Vorgehen des Ministers Dr. Wirth.

Kardorff fährt wörtlich fort: Ich habe schon früher bedauert, dass ich in der thüringischen Regierung auch meine Parteifreunde in nationalsozialistischer Gesellschaft sehe (Unruhe b.d.Nat.Soz.). Leider sind solche politischen Zwangsehen eine Folge der Parlamentsspielereien in den Einzelstaaten. (Abg. Frick (Nat.Soz): "Lösen Sie doch den Landtag auf!"). Nationalsozialisten gehören nach ihrer ganzen politischen Einstellung nicht an leitende Beamtenposten. (Abg. Stöhr (Nat.Soz) erhält wegen unparlamentarischer Zurufe zwei Ordnungsrufe.) Keine Reichsgewalt kann es sich gefallen lassen, dass in der Weise mit ihr Schindluder getrieben wird, wie es in Thüringen geschehen ist. Der Frick'sche Erlass über die Schulgebete war eine Blasphemie. (Grosse Unruhe b.d.Nat.Soz. - Abg. Stöhr (Nat.Soz) wird vom Präsidenten aus dem Saale gewiesen, als er ruft: "Das ist zum Kotzen!"). Die Nationalsozialisten sollten die Gebote beherzigen: "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten!" "Du sollst den Feiertag heiligen!" Dieses Gebot wird verletzt, wenn jeder Sonntag zu Hakenkreuz-Demonstrationen missbraucht wird. Der bedauerliche Konflikt mit Thüringen beweist die Notwendigkeit einer Beschleunigung der Reichsreform, die Schluss macht mit der Selbständigkeit der Einzelstaaten. Bismarck war gar kein Föderalist. Er hat immer gegen den preussischen Partikularismus gekämpft, leider ohne Erfolg. Wir dürfen uns nicht länger als Preussen, Thüringer, Bayern fühlen, sondern als Deutsche.

Der Redner ersucht schliesslich noch um Aufhebung des Stahlhelmverbots im Westen. Die Uniformverbote seien zu begrüßen, die Durchführung des Waffenverbots müsse noch energischer erfolgen als bisher.

Abg. Dr. Mumm (Chr.nat.Arb.Gem.): Der Kampf gegen den Kulturbolschewismus ist nötig; die Sozialdemokratie, die gegen § 218 kämpft, kann nicht gegen den Kulturbolschewismus kämpfen. Die Einführung von Schulgebeten in Thüringen ist sich erfreulich; leider ist aber der Kirche nicht der genügende Einfluss dabei gegeben worden. (Zuruf des Abg. Frick: Sie ist gehört worden!) Das genügt nicht die Kirche müsste die Texte vorschlagen. (Abg. Frick: Das erste Gebet ist aus der Kirchenversammlung.) Gegen das erste und letzte Gebet habe ich nichts einzuwenden, und auch der Reichsinnenminister nicht. (Reichsinnenminister Wirth: Das ist richtig.) Man kann auch für die Befreiung des Vaterlandes beten. (Minister Dr. Wirth: Sehr richtig.) Aber man darf nicht im Gebet Gott irdischen Werten gleichstellen. Die christliche Religion wird sich nie für irdische Ziele einsetzen. (Widerspruch und Heiterkeit links) Der Redner fordert das Reichsschulgesetz unter weitgehender Berücksichtigung des Elternrechts und begründet eine Entschliessung gegen das Überhandnehmen der Prostitution und für das Verbot der Abgabe von Schutz- und Verhütungsmitteln durch Automaten, sowie eine zweite Entschliessung für die Schaffung eines Reichsbühnengesetzes. Das Gesetz gegen Schmutz und Schund hat bisher nur segensreich gewirkt. (Widerspruch links)

Abg. Dr. Leicht (Bayer.Vp.): Der deutschnationale Abgeordnete Spahn hat sich hauptsächlich mit dem Philosophieren abgegeben. Notwendiger ist aber, dass das Reich leben kann. Der Innenminister sollte sich nicht zu einem übersteigerten Tempo zur Reichsvereinheitlichung verleiten lassen. Der Föderalismus ist keine Gefahr für das Reich; Gefahren sind eher die unitaristischen Vorschläge der Abgg. v. Kardorff und Sollmann. Wir lehnen das Hineinregieren in kirchliche Angelegenheiten ab. Die Wendungen gegenüber bestimmten Volkskreisen, die als Staatsbürger ihre Pflicht tun, in den thüringischen Schulgebieten können wir nicht billigen. (Zuruf von den Natsoz.: Das sind keine Deutschen!) Christliches Gebot ist es, alle Menschen zu lieben. (Zuruf der Natsoz.: Nur nicht die Nationalsozialisten!) Ich liebe die Nationalsozialisten genau so wie die Juden. (Grosse Heiterkeit. - Ruf der Natsoz.: Seit wann sind Sie ein solcher Antisemit?) Ein Uniformverbot müsste allgemein erlassen werden. Statt einer Reform des Wahlrechts sollte man besser einen gesetzlichen Schutz der Versammlungen einführen. Wenn Herr Sollmann aus den Meinungsverschiedenheiten im Christentum dessen Widerlegung schliesst, so würde der Streit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten die Lehren von Marx widerlegen. (Heiterkeit). Herr Spahn sagte, in seiner Partei bestehe nur eine Krise wie ein leichtes Wellengekräusel. Ja, wenn dabei schon 20 Mann über Bord gehen, was wird dann erst bei einem richtigen Wellenschlag? (Grosse Heiterkeit) Herrn Hugenberg hat man allerdings bis jetzt besondere Navigationskünste nicht nachgesagt. (Heiterkeit) Die Entschliessung des Ausschusses auf Bekämpfung des Kulturbolschewismus muss jeder unterstützen, der für christliche Sitte und Kultur ist. Wir meinen auch, dass die Schule in erster Reihe Lesen, Schreiben, Rechnen lehren soll. (Rufe der Komm.: Und Beten!) - Auch Beten - aber nicht unorthographische Briefe schreiben und Zeichnungen machen, für die ich als Bub Schläge gekriegt hätte, die man jetzt aber in der Bilderbeilage der "Vossischen Zeitung" abdruckt. Wir erwarten vom Minister, dass er den Kulturbolschewismus bekämpft. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Külz (Dem) erklärt die neuen thüringischen Schulgebete für eine Kulturwidrigkeit und ersucht Frick, als Ehrenmann und Beamter zu erklären, wie er zugleich Todfeind der Republik und ihr Verteidiger sein kann. Die noch bestehende Rechtszersplitterung im Reich muss endlich beseitigt werden. Hätte Jakubowski ein paar Kilometer weiter weg gelebt, so wäre er - vom anderen Mecklenburg oder von Preussen - nicht hingerichtet worden. Zum Schluss tritt der Redner für den Verein für das Deutschtum im Ausland ein, der jede Parteilichkeit streng vermeidet.

Abg. Dr. Frick (Natsoz) ruft schon mit seinen ersten Worten Erregung hervor. Er fängt nämlich so an: Der Streit zwischen dem Reich und Thüringen hat unter dem beiden letzterverflossenen Reichsinnenministern, ach Verzeihung, der eine sitzt ja noch hier, groteske Formen angenommen. Frick spricht dann über das Vorgehen Severings und die Einstellung der Polizeizuschüsse; dabei fragt er, was man dazu sagen würde, wenn den thüringischen Ämtern untersagt würde, Steuergelder an die Reichskasse abzuführen. (Grosse Heiterkeit links und Rufe: Versuchen Sie es nur!) Wir könnten auch daran denken, anstelle der hauptamtlichen Polizei eine ehrenamtliche Notpolizei einzuführen. Das wäre der Linken vielleicht noch unangenehmer. Das Verbot der Vereinigung Adler und Falke habe ich sofort aufgehoben, weil dieser Bund nicht parteipolitisch ist und nationale Ziele verfolgt. Deswegen richtete Severing ein Schreiben an die Thüringische Regierung, die darin einmütig einen unzulässigen Eingriff in landesherrliche Rechte sah. (Stürmische Heiterkeit). Ganz kollegial habe ich gesagt, Severing könne lange warten, bis er eine Antwort darauf bekomme. Darüber geriet Severing ganz aus dem Häuschen und ordnete eine Bestrafung Thüringens an. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen wäre ja im Zeichen der Geschäftsvereinfachung erträglich gewesen. Die Sperrung der Reichszuschüsse für kulturelle Zwecke war auch nicht so ernst, denn dieses Geld hatten wir schon längst be-

kommen. Minister Wirth hat sich bemüht, wenigstens einigermaßen objektiv die Dinge zu prüfen. Severing hatte gar kein Material, um zu beweisen, dass die Polizei nationalsozialistisch verseucht wäre. Davon hat sich Wirth in seiner Unterredung mit dem thüringischen Minister Baum überzeugen lassen. Staatssekretär Zweigert machte uns seinen freundschaftlichen Besuch und überzeugte sich, dass in Thüringen alles in bester Ordnung und gar kein Grund zu irgendwelchen Massnahmen war. (Heiterkeit links) Die Sperre der Polizeizuschüsse wurde aufgehoben. (Dr. Wirth: Sie haben aber eine wichtige Etappe ausgelassen!) Auf Wunsch der Entente hatte die Reichsregierung angeordnet, dass die Polizei in den grösseren Städten Thüringens verstaatlicht werde. Die leitenden Posten habe ich nicht, wie es in Preussen geschieht, auf Grund des Parteibuchs und der Verdienste um die Partei besetzt, sondern auf Grund ordnungsgemässer Prüfungen und nachgewiesener Qualifikation. (Zuruf von den Soz.: Ihren Befähigungsnachweis mussten sie haben.) Nein, den allgemeinen Befähigungsnachweis. (Abg. Feder (Natsoz): Bemüht Euch doch darum, aber Ihr seid ja zu dämlich dazu.) Der eine dieser Beamten ist, als er schon im Wartestand war, Nationalsozialist geworden und dadurch soll bewiesen sein, dass die ganze Thüringer Polizei nationalsozialistisch ist. Das steht mit der Reichsverfassung in schärfstem Widerspruch. Gegen die gesetzwidrige Besetzung der Polizeiposten in Preussen ist noch kein Reichsinnenminister vorgegangen.

Man behauptet immer wieder, wir wollten die Reichsverfassung gewaltsam stützen. Glauben Sie doch nicht, dass wir einer solchen Dummheit fähig sind. (Zuruf der Soz.: Ihr habt es doch schon einmal gemacht!) Das waren andere Zeiten. Sie sagen, ich sei ein Putschist und Hochverräter (Lobh. Zustimmung links), weil ich an der nationalen Erhebung in München 1923 beteiligt war. (Rufe links: Eidbruch!) Jene Erhebung war nicht anderes als die Reaktion auf das grösste Verbrechen der Weltgeschichte, auf den Landesverrat vom November 1918. (Stürmische Rufe links.) Von der Anklage der Eidesverletzung hat mich das oberste Disziplinargericht in München freigesprochen. Das heutige System erledigt sich ganz von selbst, Sie sind bald am Ende. (Rufe der Natsoz.: Sachsenwahl!)

Sie wollen die Nationalsozialisten verfassungswidrig als Staatsbürger II. Klasse behandeln. Als Gessler die Beschäftigung meiner Parteigenossen in den Werkstätten der Reichswehr und der Reichsmarine verbot, habe ich dem Reichsinnenminister v. Keudell schriftlich erklärt, dass wir keinen gewaltsamen Umsturz wollen. Keudell hat darauf die Zurücknahme des Verbots veranlasst. Severing hat es wieder eingeführt, es besteht heute noch, und darauf stützt sich Wirth, indem er sagt, wenn bei der Reichswehr keine Nationalsozialisten beschäftigt werden dürfen, dann auch nicht bei der Polizei. Wir haben deshalb den Staatsgerichtshof angerufen. Der unpolitische Charakter der thüringischen Polizei ist in keiner Weise beeinträchtigt. Ich habe die neuen Polizeidirektoren ausdrücklich verpflichtet, ihr Amt unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen zu führen. (grosses Gelächter links). Es ist doch lächerlich, wenn kein Polizeibeamter Nationalsozialist sein darf, wohl aber der oberste Chef der thüringer Polizei. Wollen Sie uns unter Ausnahmerecht stellen, dann müssen Sie zunächst dafür sorgen, dass ich als Innenminister entfernt werde. (Lobh. Zustimmung links.) Wie wollen Sie das mit der Verfassung vereinbaren? (Abg. Feder wird wegen dauernder beschimpfender Zurufe aus dem Saal gewiesen und geht mit Mussolinigeste ab. - Abg. Graf Reventlow erhält einen Ordnungsruf, weil er dem Präsidenten parteiische Geschäftsführung vorwirft.)

Ein Gutachten des thüringischen Obergerichtshofs erklärt, dass das Reich auf Grund der Vereinbarungen verpflichtet ist, den Zuschuss weiter zu zahlen. Der Staatsgerichtshof wird ja, wenn es noch Richter in Leipzig gibt, ebenso urteilen. (Abg. Dr. Rosenfeld (Soz): Ihr Verbot der "Eisenacher Volkszeitung" ist ja schon aufgehoben!) Sie haben ja einen Artikel gegen das Republikschutzgesetz geschrieben, und dabei auch die Möglichkeit seiner Anwendung

durch Nationalsozialisten betont. (Abg. Dr. Goebbels: Was unterhältst Du Dich noch mit dem Juden, was will denn der Jude da? - Goebbels wird hinausgewiesen und geht ab.)

Frick sucht dann die Empfehlung der bekannten Schulgebete zu entschuldigen, ein Zwang werde nicht ausgeübt, die Gebete enthielten keinerlei Hetze gegen Art und Volksfremde, worunter wiederum keineswegs die Juden zu verstehen seien, wenn sich aber jemand durch die Worte von Verrat und Betrug getroffen fühle, dann könne ihm nicht geholfen werden. Unleugbar sei doch z.B. der Riesenbetrug von 1918 durch Wilson, auf den das Deutsche Volk hereingefallen sei. (Da die Linke diese Ausreden gebührend aufnimmt, schreit Frick ihr zu:) Dass die Sozialdemokraten Volksverrat und Landesverrat im November 1918 im höchsten Grade getrieben haben, darüber sind wir uns doch alle einig. (Langandauernde stürmische Empörungsrufe links, der Präsident kann mehrere Minuten lang sich nicht verständlich machen, schliesslich ruft er Frick zur Ordnung.) Statt die Verfassung gegen uns zu missbrauchen, sollte der Reichsinnenminister lieber gegen die schäbische Abtreibungspropaganda im Wasserkopf Berlin auftreten. Wir sind gegen die Piscätoraufführungen von § 218 vorgegangen. Ich habe die Verfassung geschworen, ich habe aber nicht geschworen, Berliner Regierungspolitik zu machen. Im grünen Herzen Deutschlands, in Thüringen, werde ich unsere Politik weiter verfolgen bis zu dem Ende, an dem ich das Tor zur deutschen Freiheit offen stehen sehe. (Beifall der Natsoz. - Lärm und Gelächter links.)

Reichsinnenminister Dr. Wirth:

Ich bin zu einer Aussprache mit Dr. Frick gern bereit. Das Gespräch mit Herrn Staatsminister Baum ist nicht so verlaufen, wie Herr Frick es dargestellt hat. Minister Dr. Baum hat sich in sehr scharfer Form von der Art Ihrer Antwort an Herrn Severing abgegrenzt. (Hört! Hört!) Vielleicht ist es so, dass in Thüringen ein Minister nicht liest, was der andere in der Öffentlichkeit spricht. Herr Frick hat ausgeführt, dass es falsch sei, die Gebete in Zusammenhang zu bringen mit der von ihm gegebenen ministeriellen Empfehlung und für sich betrachtet werden müssten. Das ist für den Lehrer in den thüringischen Schulen, der den Sinn dieser Gebete den Kindern erklären soll, doch wohl unmöglich. Sinn und Bedeutung dieser Gebete kann den Kindern nur in dem beanstandeten Sinne klargemacht werden. Ob ein Volk in seiner Not beten soll oder nicht, kann hier nicht zur Debatte stehen, obgleich ich meine, dass das in so viele Parteien und Klassen zerrissene Deutsche Volk das Beten nötig hätte. (Heiterkeit und Widerspruch links) Aber bei den beanstandeten Gebeten, wo vom Verrat die Rede ist, welche Deutung soll der Lehrer dieser Stelle geben? (Zuruf der Natsoz.: Der Novemberverrat!) Ich bin der Ansicht, dass, wenn die Gebete an sich betrachtet werden sollen, auch der Hoch- und Landesverrat unter den Begriff des Verrates fallen muss. Wer es mit seinen Kindern ehrlich meint, muss auch Verfassungsverräter verdammen. (Zuruf des Abg. Spahn (Dnatl): Das Zentrum und die katholische Kirche haben doch ihre Indifferenz in Bezug auf die Staatsform ausdrücklich festgestellt, will der Minister sich auf eine bestimmte Staatsform festlegen?) Unser Volk hat allen Anlass, an der heutigen Staatsform festzuhalten. In Deutschland ist ein Mann, der wegen des Verbrechens der Beihilfe zum Hoch- und Landesverrat zu 1 Jahr 5 Monaten Festung verurteilt wurde, Minister in Thüringen geworden. Wenn man also die Gebete isoliert betrachten soll, so soll das thüringische Kind offenbar auch zu Gott um die Bestrafung des thüringischen Innenministers beten. (Heiterkeit und Zustimmung). Minister Frick erklärt, dass sich sein Kampf u.ä. auch mit diesen Gebeten gegen art- und volksfremde Kräfte richte. Im Protokoll des thüringischen Landtags ist festgehalten, dass der Minister sich für die sittliche und religiöse Ertüchtigung Deutschlands einsetzt, womit ich übereinstimme. Weiter enthält das Protokoll aber seine Erklärung, dass man die art- und volksfremden Kräfte schon genügend habe beobachten können, und er rechnet zu diesen Kräften auch die Juden. Ich widerspreche aufs schärfste dieser Verächtlichmachung des deutschen Judentums um der Ehre der deutschen Juden

schaft willen! (Heiterkeit rechts, Beifall links und in der Mitte.) Niemand hat Recht, irgend einen Volksteil als minderwertig und schädlich zu bezeichnen, ohne einen Beweis für seine Anklage zu erbringen. Ich habe theologische Sachverständige aller Richtungen, katholische und evangelische, über die Gebete von Herrn Frick urteilen lassen. Besonders der verstorbene Prof. v. Harnack hat sein Entsetzen über den theologischen Gehalt der Gebete ausgesprochen. (Ab. Spahn macht eine abfällige Bemerkung über Harnack.) Der Abgeordnete Spahn hat nicht den geringsten Anlass, über Herrn v. Harnack absprechend zu urteilen. Der Minister verliert Teile eines Gutachtens eines evangelischen Theologen, dass die Moral in den thüringischen Gebeten der alttestamentarischen Racheandrohung von Jehowa entspreche. (Heiterkeit) Diese Moral ist unchristlich. Mein Vorgehen gegen das Eindringen von Nationalsozialisten in den Staatsapparat stützt sich keineswegs auf den Erlass des Reichswehrministers. Nach den Ermittlungen des Reichswehrministers musste ich mich um die nationalsozialistischen Zersetzungsstellen im Beamtenapparat kümmern. Der Minister verliert den bekannte Artikel des "Völkischen Beobachters" gegen den Reichspräsidenten, unter wiederholten Pfui-Rufen der Regierungsparteien. Die Nationalsozialisten untergraben die Staatsautorität, obgleich sie vorgehen, den Führergedanken zu fördern. Eine Reichsregierung kann nicht noch die Propagandagelder und die Mittel zur Zersetzung der Polizei hergeben. Das widerspricht meiner beschworenen Pflicht. Der Minister verliert ein Flugblatt mit dem Aufruf zu einer deutschen Revolution (Zuruf des Abg. Dr. Frick: Es gibt doch auch eine geistige Revolution. - Heiterkeit.) Die unbedingte Zuverlässigkeit der thüringischen Polizei wird durch Sie, Herr Frick, nicht gewährleistet, und ich denke nicht daran, Ihnen Geld zu geben ohne dass die Voraussetzungen des übrigens nicht einklagbaren Staatsvertrages zwischen Reich und Ländern über die Polizei erfüllt werden. Der Staatsgerichtshof nimmt keinem Minister und keiner Regierung die politische Verantwortung ab. (Beifall bei den Reg. Parteien.)

Abg. Frölich-Thüringen (Soz.): Die Rede von Frick ist eine einzige Provokation der Republik und der Sozialdemokratie. Es steht fest, dass die Schulgebete in Thüringen schon zur Anwendung kommen und dass auch konfessionslose Kinder dabei zum Beten gezwungen werden. Frick sollte nicht vom Novemberverrat sprechen, denn er ist während des ganzen Krieges in der Heimat geblieben, während Männer, die er Vaterlandsverräter nennt, sich freiwillig gestellt haben. Ist das der Wehrwillen des deutschen Volkes, den Herr Frick stärken will? Es sieht beinahe so aus, als ob der ganze thüringische Landtag aus Nationalsozialisten bestünde. Sie haben aber nur 6 Abgeordnete, während ein Drittel des thüringischen Landtags aus Sozialdemokraten besteht. Es ist das Verdienst der Deutschen Volkspartei, den Nationalsozialisten überhaupt ein Ministerium verschafft zu haben. Hitler hat vor der Thüringer Wahl erklärt, dass der Bürgerkrieg komme, und dass Thüringen die erste Machtposition sei, die die Nationalsozialisten erobern. Herr Frick hat nicht den Mut, zu solchen Worten zu stehen. Hitler hat weiter Herrn Frick zum Minister bestimmt. Das ist der Anfang des Faschismus, dass nicht mehr das Parlament die Minister ernennt, sondern der Faschistenführer. Herr Frick sagt seinen Koalitionspartnern ganz offen, sie sollten aus der Regierung austreten, wenn seine Massnahmen ihnen nicht passten. Ich werde den Beweis führen, dass Frick die thüringische Verfassung trotz seiner Zusicherungen bereits mehrfach gebrochen hat. Hitler hat erklärt, dass die Nationalsozialisten die Tatsache der Verfassung nicht anerkennen. Jedes Mittel müsste von den Nationalsozialisten angewandt werden. Das Bekenntnis Fricks zur Verfassungstreue ist also ein blosses Lippenbekenntnis. Herr Goebbels hat vor kurzem dieses ganze System als zum Verschwinden reif erklärt. Und dieser Partei und ihrem Minister hat der bürgerliche Landtagspräsident noch den Einzug in das Ministerium dadurch erleichtert, dass er auf dem Landtag die Reichsflagge verschwinden liess. Inzwischen hat Goebbels auch noch erklärt,



dass bald die Hakenkreuzfahnen über Thüringen wehen würden. Frick hat von der Verfassung der Deutschen Republik im Reichstag als von einem Stück Papier gesprochen, das er zu halten und zu schützen jetzt versprochen hat. Der Redner verliest noch einige Äusserungen Fricks aus dem Reichstag. Der Hochverräter Frick - zu dieser Bezeichnung halten wir uns für berechtigt - ist nicht befugt, über Hoch- und Landesverrat abzuurteilen. Die Sozialdemokratie ist stolz, das alte lebensunfähige System beseitigt zu haben, während Frick gerichtsnotorisch die Losreissung von deutschen Landesteilen zu Gunsten Frankreichs begünstigt hat. Er hat den Verbindungsmann des französischen Agenten Richert, Fuchs, mit Reichswehr und Freikorpsstellen in Verbindung gebracht. Der Privatdozent Dr. Ruge, der zu Fememorden aufgefordert hat und dieser Verbindung zum Blücherbund herstellte, ist noch heute sein persönlicher Freund. Der Geist von Weimar des Herrn Dr. Frick ist nicht der Geist unserer grossen Klassiker, sondern der Geist jenes Herzogs von Weimar, der Napoleon zum Kampfe gegen Deutsche deutsche Truppen zur Verfügung stellte, um die Krone zu erhalten. Das Ab-rücken des Abg. v. Kardorff von Herrn Frick ist erfreulich. Aber seine Freunde sind es, die den nationalsozialistischen Minister stützen. Der Aufruf des Reichspräsidenten ist im thüringischen Innen- und Volksbildungsministerium nicht angeschlagen worden, dafür aber ein Aufruf Fricks gegen Severing, mit durchaus falschen Behauptungen. 1923 hat Reichskanzler Stresemann mir gesagt, er könne nicht dulden, dass Kommunisten in der Thüringer Regierung sitzen und kommunistische Abgeordnete dauernd gegen die Reichsregierung hetzen. Wir versuchten damals, mit den Kommunisten gemeinschaftlich zu regieren. Wir lehnten ein Vorgehen des Reiches ab, solange keine Gründe dazu vorhanden waren. Auf Drängen aller bürgerlichen Parteien hat Stresemann Reichswehr nach Thüringen geschickt und dadurch die Verhältnisse in einer Weise geklärt, die nach unserer Meinung keineswegs nützlich war.

Als Frick gegen die Reichsverfassung versties, war Severing berechtigt und verpflichtet, die Thüringische Regierung zu befragen, ob sie mit der Aufhebung des Verbots jener Vereinigung einverstanden war, und ob es richtig sei, dass in der Polizei Hakenkreuzzellen errichtet werden. Statt einer Auskunft erklärte Frick in einer Versammlung: "Severing kann lange warten, ehe die Regierung antwortet." Ich verstehe durchaus, dass Severing aus Reinlichkeitsgründen sich nicht an Frick, sondern an die Regierung gewendet hat. (Zustimmung links). Letztthin hat ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei erklärt, wenn sie gewusst hätten, was Frick alles am Stecken hat, dann hätten sie ihn nicht gewählt. Denken Sie daran, wie Frick hier den toten Stresemann beschimpft hat und aus dem Saal gewiesen werden musste. Aber der Kampf geht weiter. Ein nationalsozialistisches Blatt überschreibt einen Artikel "Lüge, dein Name ist Deutsche Volkspartei". Hitler erklärte in Gotha: "Wenn ein Stresemann in die Nation hineinruft, so kommen natürlich nur die Stresemann-Naturen gelaufen." All' das stört die Koalition nicht, denn man ist ja der Meinung, dass die Nationalsozialisten der Volkspartei weltanschaulich näher ständen, als die Sozialdemokraten, was übrigens kennzeichnend für die Arbeiterpartei ist, als die sich die Hitlerleute ausgeben. (Sehr wahr! links)

Im Gegensatz zum amtlichen Landtagsprotokoll versucht Frick hier abzuleugnen, dass er zugegeben hat, dass die Schulgebete sich gegen Juden und Sozialdemokraten richten. Er steht nie zu seinen Taten. Vor Gericht konnte er sich an nichts erinnern, oder wenn es nicht mehr anders ging, berief er sich auf das Amtsgeheimnis. Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hat Frick öffentlich aufgefordert, wenn er nicht der Verleumdung geziehen werden wolle, zu beweisen, dass die Juden das deutsche Volk entsittlichen. Frick hat bis jetzt keinen Beweis gebracht. (Hört! hört! links)

Die bürgerlichen Parteien im thüringer Landtag haben sich den Drohungen und dem dreitägigen Parlamentsstreik der Nationalsozialisten gebeugt aus Angst vor der Sozialdemokratie, deren Stärkung sie von Neuwahlen befürchten. Es ist

nicht wahr, wie Frick hier behauptet, dass es in der Thüringer Polizei keine Hakenkreuzzellen gäbe. Schon 1924 hat der damalige Innenminister, ein Deutschnationaler, weit rechtsgerichtete Leute, zumeist Offiziere, die in Preussen entlassen waren und solche von der schwarzen Reichswehr hineingenommen und darauf hat Frick weitergebaut. In jeder Polizeiabteilung sitzt ein Obervertrauensmann der Hakenkreuzler, der mit einem zivilen Vertrauensmann in Verbindung steht. Überall wird die Polizei benutzt, um durch Massenaufgebot die Kundgebungen der Hitlerleute grösser erscheinen zu lassen. Wenn diese Leute Sonntags blutige Krawalle herbeiführen, steht die Polizei auf ihrer Seite. Obwohl nach dem Gesetz nur der Bürgermeister Landespolizei anfordern kann, ist das jetzt auch der Hitlerpartei möglich. (Hört, hört links) Die Regierung hatte versprochen, das Ermächtigungsgesetz zum Beamtenabbau vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht anzuwenden. Jetzt aber wird der eine sozialdemokratische Lehrer von hundert Lehrern in Altenburg, überdies ein Landtagsabgeordneter, abgebaut, und seine Stelle eingezogen! (Hört! hört! links)

Wir stehen zu den Nationalsozialisten in Abwehrstellung und werden den Kampf so führen, wie Frick ihn uns angesagt hat, als er in einer Versammlung erklärte, mit dem Marxismus gibt es kein Paktieren, mit Verbrechern keine Auseinandersetzung. Nun, wir wägen Frick nach seinen Taten und seiner Vergangenheit, und wir werden zuletzt Sieger bleiben, denn ein Verbrecher muss zuletzt immer unterliegen. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Frau Neuhaus (Ztr.): Die sittlichen Zustände in den Grosstädten spotten jeder Beschreibung. Das Angebot der Mädchen ist schon nachmittags so gross, dass sich die Männer durch die Hauptgeschäftsstrassen nur mit Mühe durchkämpfen können. So kann es nicht bleiben. Im Gesetz zum Schutze gegen Geschlechtskrankheiten ist nicht genug Rücksicht genommen auf den sittlichen und hygienischen Schutz der jungen Mädchen.

Abg. Dr. Neubauer (Komm.) kennzeichnet unter Anführung von Reden, Berichten, Schnorrbriefen etc. die Hitlerpartei als Knecht des Grosskapitals. Hitler hat den Vertretern der nordamerikanischen Hearstpresse gesagt: "Ich bin nicht dafür, dass die Rechte der Juden in Deutschland beschnitten werden". Um die hunderttausende verzweifelnder Proletarier von der Klassenfront abzufangen, werden die Nationalsozialisten losgelassen.

Abg. Crispian (Soz.):

Der ganze nationalsozialistische Spuk wäre längst verschwunden, wenn die Arbeiterklasse einig wäre, und die Kommunisten nicht den umgekehrten Klassenkampf gegen die Sozialdemokratie betrieben. Der Redner regt an, ähnlich der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft mit Staatsmitteln eine Notgemeinschaft der deutschen Kunst zu schaffen, weil der deutschen Kunst Aufträge und Anregungen fehlen, die ihr besonders in republikanischem Sinne gegeben werden müssten. Es ist bezeichnend, dass sich im Reichstag keine Mehrheit für die Übertragung von Reichstagsdebatten im Rundfunk gefunden hat. Der Reichstag erhöht sein Ansehen nicht dadurch, besonders da Auszüge aus ausländischen Parlamentsdebatten schon grosses Interesse im Rundfunk gefunden haben. Ich appelliere an die bürgerlichen Parteien, ihren Widerstand gegen den Rundfunk aufzugeben. Eines mündigen Volkes ist es nicht würdig, wenn es von der jeweiligen Zusammensetzung der Regierung abhängig sein soll, welche Übertragungen im Rundfunk geboten werden. Eine Maifeier des Sozialistischen Kulturbundes, die zur Übertragung mit einem rein künstlerischen Programm angemeldet wurde, wurde im letzten Augenblick nicht zugelassen. Ich frage die Regierung, ob es zutrifft, dass das Verbot dieser Feier mit einem Maiaufruf der berliner Bezirksorganisation der Sozialdemokratischen Partei begründet wurde, in dem sich ein Absatz gegen die Brüning-Regierung wendete. Eine solche Zensurierung des Rundfunks auf Grund eines Aufrufs einer ganz anderen Organisation entspricht nicht einmal der sogenannten parteipolitischen Neutralität, die nach den längst erneuerungsbedürftigen Richtlinien für den Rundfunk diesem auferlegt ist. Wir fordern die Einbringung ei-

nes Reichsrundfunkgesetzes, das den Rundfunk unabhängig von Eingriffen der wechselnden Regierungen macht. Der Rundfunk hat sich ja trotz seiner angeblichen Neutralität, die weiter nichts ist, als eine in Wirklichkeit bürgerliche Einstellung, auch der Politik widmen müssen, wenn auch in für uns noch ganz unzufriedenstellender Weise. Ich fordere noch einmal von der Reichsregierung Aufklärung über das Verbot der Rundfunk-Maifeier.

Abg. Petzold (Wt.Pt.) fordert eine Verminderung des Etats des Innenministeriums um 5%, insbesondere Streichung der Posten für den Reichskunstwart, für Tonfilmgeräte der Filmprüfstelle usw. Wir regen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Reichstags über das Lübecker Säuglingssterben an. Die Polizei ist kein Schutz mehr für Hab und Gut der Kleingewerbetreibenden bei den Krawallen der radikalen Parteien. Mehr als 3,2 Millionen stehen für die Studentenhilfe im Etat, um den Studenten Wohnung und Geselligkeit zu verschaffen. Dafür hat aber das Reich in seiner Not kein Geld, und man darf den Familien, die vermieten müssen, nicht die Gelegenheit dazu nehmen. Die Einrichtung von Warenhäusern, Wirtschaften usw. in diesen Studentenheimen ist ein Skandal gegen Handel und Gewerbe, entzieht auch dem Reich Steuern.

Reichsinnenminister Dr. Wirth:

erklärt zu einer neuen Veröffentlichung über den Lübecker Säuglingstod, dass er vorläufig dazu weiter nur sagen könne, dass viele der geretteten Kinder jahrelang unter ständiger ärztlicher Aufsicht werden bleiben müssen. - Dem Abg. Crispian erwidert der Minister, dass Severing 1929 die schon früher angeordnete Nichtverbreitung der Maifeier durch den Rundfunk gebilligt habe, da dies eine politische Feier sei. Die sozialdemokratische Maifeier 1930 war stark gegen die Regierung Brüning gerichtet. Einzelne künstlerische Vorträge etc. können auch aus politischen Feiern übertragen werden. Der Rundfunk darf nicht propagandistisch in den Dienst einer bestimmten politischen oder kulturellen Richtung gestellt werden. Der preussische Ministerpräsident hat sich im Landtag nicht über das Urteil des Staatsgerichtshofs hinweggesetzt, sondern nur seine Rechtsauffassung ausgesprochen, ohne die Autorität des Staatsgerichtshofs herabzusetzen. Die preussische Regierung hat ja auch Disziplinarverfahren gegen Beamte nur wegen Einzeichnung für das Antiyouthplan-Volksbegehren nicht eingeleitet.

Abg. Schreck-Bielefeld (Soz.):

Manche Verwilderung in den politischen Kämpfen ist darauf zurückzuführen, dass Vielen das innere Gefühl dafür fehlt, dass man einem Volk und Staat am besten dadurch dient, dass man den Menschen Kräfte verleiht, die ihnen erlauben, selbstbewusst und selbständig zu den Dingen Stellung zu nehmen. Die vielbeklagte Veräusserlichung beruht darauf, dass die meisten Menschen glauben, nur sie hätten ein Recht, gehört zu werden, während man über die Lebensäußerungen der breiten Masse mit einem gewissen Lächeln hinweggeht. Wer die Jugendbewegung im Deutschen Volk beobachtet, wird zugeben, dass hier die Auffassung lebt, dass der Staat nicht ein gestaltloses Wesen oder eine solche Organisation ist, sondern Leben bekommt durch die Menschen, die in ehrlicher Begeisterung und mit starkem Willen an der Ordnung ihrer Geschicke mitzuwirken bereit sind. Die Veräusserlichung von Theater und Kunst beweist nur, dass beide nicht als Geschäft betrieben werden können. Wir sehen doch, dass die Theater leer bleiben, wenn die Regisseure und Direktoren den Mut finden, auf unsere Klassiker zurückzugreifen, und dann fehlen gerade die, die sich berufen glauben, der Jugend gute Lehren für ihre Moral zu geben. (Sehr gut! links)

Wer die Verinnerlichung will, der muss der Jugend die Selbständigkeit gönnen, ihr aber nicht mit Muckerei kommen. Auch die Jugend von heute lässt sich begeistern für die hohen Ideale eines Volkes und der Menschheit, aber man darf ihr nicht mehr Untertanengesinnung zumuten. Deshalb liegt in der Erziehungsar-

beit der Volksbühnen und der Jugendbewegung eine ungeheure Kraftquelle. Manche meint, dass der Sport die Jugend abhalte vom Lesen der Bücher, von den Quellen des Wissens und der Poesie. Aber das ist ein Missverständnis. Im Sport lehnt sich unsere Jugend auf gegen den öden Mechanismus des kapitalistischen Betriebes. Auf den grünen Flächen, in den Turnhallen, in der Körperpflege erhalten sich die Massen ihre Gesundheit und fördern ein Selbstbewusstsein, das sich nicht beugt. Deshalb war der olympische Kongress in Berlin auch ein Beweis der internationalen Bedeutung des Sports, und im nächsten Jahr wird die Arbeiterolympiade in Wien dazu beitragen, dass diese Menschen sich wieder auf ihre eigenen Gefühle und auf ihre eigene Würde besinnen. Darauf vertraue ich, und darum bin ich überzeugt, dass das ganze Geschrei links und rechts, dass der Appell an Gewalt und Rohheit zurückgedrängt werden und versinken wird, und dass der menschliche Idealismus den Sieg behält. (Lebh. Beifall der Soz.)

Nach 19 Uhr abends vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, vormittags 10 Uhr.

---